

Protokoll

27. Sitzung vom 22. März 2021

rsa

Seite 606



Behörde	Gemeinderat
Traktanden	Siehe unten
Sitzungsdatum/Zeit	Montag, 22. März 2021, 18:00 Uhr – 00:15 Uhr
Sitzungsort	Kulturhalle Glärnisch, Glärnischstrasse 5
Teilnehmende	35 Mitglieder des Gemeinderats, 7 Mitglieder des Stadtrats und die Stadtschreiberin, der Ratssekretär und dessen Stellvertreterin sowie der Ratsweibel
Entschuldigte	-

(Gemeinderatspräsident Ernst Grand begrüsst die Anwesenden herzlich zur heutigen Gemeinderatssitzung.)

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Budget 2021 und Festsetzung des Steuerfusses
3. Wahl des Ratsbüros für das Amtsjahr 2021/2022
 - 3.1 Geheime Wahl der Ratspräsidentin oder des Ratspräsidenten
 - 3.2 Geheime Wahl der 1. Vizepräsidentin oder des 1. Vizepräsidenten
 - 3.3 Geheime Wahl der 2. Vizepräsidentin oder des 2. Vizepräsidenten
 - 3.4 Offene Wahl von drei Stimmzählerinnen und Stimmzählern

(Die Traktandenliste wurde rechtzeitig am 12. März 2021 in der ZSZ amtlich publiziert.)

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Ernst Grand gibt es Einwände gegen die Traktandenliste.)

Diskussion ist automatisch eröffnet:

Ordnungsantrag der SP-Fraktion

Die Wahl des Ratsbüros soll als Traktandum 2 vorgezogen werden.

Begründung des Ordnungsantrags

Mitglied der GRPK, Judith Fürst, SP: Die Wahl des Ratsbüros ist im Normalfall am Anfang einer Gemeinderatssitzung. Es ist üblich, dass die neue Ratspräsidentin oder der neue Ratspräsident die Sitzung nach der Wahl führt. Die Begründung, dass das Budget 2021 vom bisherigen Ratspräsidenten als Geschäft zu Ende geführt werden soll, ist meiner Meinung nach an den Haaren herbeigezogen. Es gibt unzählige Geschäfte, die sich jeweils über die Amtsdauer hinwegziehen. Dass der bisherige Präsident behauptet, die Entscheidung der Traktandenliste hätte nichts mit einem Stichentscheid zu tun, ist lächerlich und zeigt wohl eher, dass er die Regeln des Gemeinderats nicht ganz kennt. Dass das Büro entschieden hat, die Wahl des Ratsbüros hinter die Budgetsitzung zu setzen und der neuen Präsidentin die Sitzungsleitung so zu entziehen, hat uns enttäuscht wie auch entsetzt. Wir von der SP stellen deshalb den Antrag, dass die Wahl des Büros vorgezogen wird als Traktandum 2.

Thomas Koch, FDP: Ich verstehe die Aufregung und die Emotionen nicht ganz. Ich denke, es ist wichtig durchzuatmen, einen Schritt zurück zu machen und objektiv zu beurteilen, um was es geht. Gemäss Artikel 2 Absatz 1 des Geschäftsreglements findet in den Zwischenjahren, in denen wir uns jetzt befinden, die Konstituierung des Gemeinderats jeweils an der ersten Sitzung des Monats März statt. Heute ist die erste Sitzung im Monat März und die Neukonstituierung ist traktandiert. Somit ist alles in Ordnung. Es steht aber nirgends, dass Sachgeschäfte, die an dieser konstituierenden Sitzung ausnahmsweise auch noch traktandiert werden, das ist heute wirklich eine Ausnahme, vom neu gewählten Präsidenten oder der neu gewählten Präsidentin geleitet werden müssen. Im Gegenteil, im Absatz 2 des Artikels 2 des Geschäftsreglements wird bestimmt, dass der abtretende Präsident, somit heute Ernst Grand, die Sitzung bis zur Wahl des neuen Präsidenten bzw. der neuen Präsidentin leiten muss. Daraus folgt, sämtliche Geschäfte vor der Wahl werden in der alten Konstellation behandelt. Alles was vor der Wahl passiert, wird heute von Ernst Grand geleitet.

Der Entscheid, welche Traktanden in der konstituierenden Sitzung nebst der Wahl sonst noch behandelt werden und in welcher Reihenfolge, also ob vor oder nach der Wahl, legt nicht der scheidende Präsident fest, nicht er bestimmt die Reihenfolge. Das, was du Judith Fürst vorher angespielt hast, ist nicht ganz korrekt. Artikel 4 Absatz 1 lit. d des Geschäftsreglements besagt nämlich, dass das Büro des Gemeinderats die Reihenfolge der Geschäfte auf der Traktandenliste festlegt. Also ein sehr demokratischer, auf Mehrheitsbeschluss basierender Entscheid. Man könnte somit von demokratischen Parteien eigentlich erwarten, dass sie nicht entsetzt sind, sondern einen solchen Entscheid respektieren.

Es steht auch schlecht an, einen Mehrheitsbeschluss als undemokratisch zu geisseln, wie heute Morgen in der Zeitung gelesen werden konnte, nur, weil man anderer Meinung ist. Es läuft nicht nur nach dem Motto: "Nur meine Meinung ist demokratisch und wer sich nicht meiner Meinung anschliesst, ist undemokratisch".

Das Büro hat sich bei seiner Entscheidung sicher von inhaltlichen Überlegungen leiten lassen, warum heute zuerst das Budget 2021 beschlossen und dann zur Wahl geschritten werden soll. Eine Begründung, warum die Traktanden aus inhaltlichen Gründen in ihrer Reihenfolge ausgetauscht werden sollen, warum der Entscheid des Büros inhaltlich falsch wäre, haben wir aus dem vorherigen Ordnungsantrag nicht gehört und auch nicht aus der Begründung. Es geht somit offensichtlich um rein taktische Überlegungen der Antragstellerin oder, um es mit der Formulierung von einem Leserbriefschreiber von heute Morgen auszudrücken: Es geht um scheinheilige Machtspiele. Solchen taktischen Spielchen soll nicht Vorschub geleistet werden, sondern wir sollten uns von rein inhaltlichen Überlegungen leiten lassen, wie es das Büro offensichtlich auch gemacht hat. Es gibt tatsächlich viele Gründe, weshalb das Parlament in seiner bisherigen Konstituierung gemäss Zusammensetzung 2020/2021 über den Voranschlag 2021 beschliessen soll:

- Der Voranschlag eines jeden Jahrs wird immer vom Gemeinderat gemäss Zusammensetzung im Vorjahr beschlossen.
- Der Beschluss über den Voranschlag 2021 gehört damit in den Entscheidungsbereich des Gemeinderats gemäss Konstituierung 2020/2021.
- Der Gemeinderat in seiner Konstituierung 2021/2022 wird über den Voranschlag 2022 entscheiden. Wenn das zukünftige Präsidium heute auch noch über das Vorgängerbudget 2021 beschliessen soll, würde das Präsidium 2021/2022 somit effektiv über zwei Budgets entscheiden. Das kann nicht sein und ist nicht Sinn dieser Bestimmung.
- Eine solche Bevorzugung oder wie man es nimmt Belastung, des neu zu wählenden Präsidenten bzw. der neu zu wählenden Präsidentin ist nirgends vorgesehen und führt zu unfairen Ausgangslagen, je nachdem, wie das Präsidium zusammengesetzt ist und je nachdem, welcher Parteicouleur der Präsident oder die Präsidentin gerade angehört.
- Dieses Mal würde die Grüne Partei bevorzugt. Das nächste Mal vielleicht die SVP, die SP, die FDP. Wollen wir jedes Mal wieder das gleiche Theater veranstalten wie heute? Ich glaube nicht.

Wir sollten heute die Chance ergreifen und ein Präjudiz fällen, das auch für die Zukunft gilt. Jeder Präsident, jede Präsidentin präsidiert in seinem bzw. in ihrem Präsidialjahr genau ein Budget, nämlich das des nächsten Jahrs, und zwar von Anfang bis zum Schluss. Dann haben wir da eine Rechtssicherheit für die Zukunft.

Noch ein weiterer Grund: Noch nie hat ein neu gewählter Präsident, eine neue gewählte Präsidentin nach seiner bzw. ihrer Wahl Sachgeschäfte an der gleichen Sitzung präsidieren müssen. Das macht auch gar keinen Sinn. Der neue Präsident oder die neue Präsidentin hatte nämlich noch gar keine Möglichkeit, sich im Vorfeld zur Sitzung auf die Sachgeschäfte ernsthaft vorzubereiten, zumal der Wahlausgang noch gar nicht feststeht. Der scheidende Präsident ist dank dem Probelauf vom Dezember in sein konkretes Budget bereits eingearbeitet. Ein Stabwechsel während des laufenden Geschäfts wäre daher unsinnig. Auch wäre es irgendwie unfair, einen neuen Präsidenten, eine neue Präsidentin nach der Wahl direkt ins kalte, unvertraute Wasser zu stossen. Und schon gar nicht in das eiskalte Wasser einer Budgetsitzung. Darum, liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte ich um Rückweisung des Ordnungsantrags.

Präsident der GRPK, Christian Gross, SP: Jetzt meldet sich auch noch der ominöse Leserbriefschreiber zu Wort. Es ist mir wichtig zuerst zu sagen, dass der Entscheid vermutlich irrelevant ist. Es sind 35 Leue im Rat, eine ungerade Zahl. In sehr vielen Fällen kommt es nicht zu einem Stichentscheid. Es geht da um eine Eventualität und es geht um Stil. Ich glaube, die Worte von Thomas Koch kann man sehr einfach zusammenfassen. Das Reglement legt nicht wirklich klar fest, ob der Präsidiumswechsel vor oder nach der Budgetsitzung zu erfolgen hat. Es steht einfach nicht drin. Alle Zitate hätten gar nicht aufgezählt werden müssen. Es ist völlig klar, das wissen wir alle. Wir wissen, dass wir heute über das Budget entscheiden und wir wissen, dass wir heute ein neues Präsidium wählen. Nur die Reihenfolge ist unklar. Jetzt würde es der politische Stil eigentlich nahelegen, dass man das ganz offen mit der potenziellen Nachfolgerin diskutiert, was sie denn möchte und was ihre Wünsche sind und dann schaut, was für beide stimmt. Oder man kann seine Wünsche selber durchsetzen und den Entwurf der Traktandenliste so verschicken, wie man es gerne hätte und schauen, ob dieser so durchkommt. Nochmals, es geht vermutlich nicht um viel. Ich nehme nicht an, dass es heute zu einem Stichentscheid kommen wird. Wenn schon, ist es halt ein Problem. Wir können jetzt einen Abend lang wortreich Details verdrehen, wie es Thomas Koch gerade wunderbar gemacht hat und irgendwelche absurden Gründe an den Haaren herbeiziehen, wie wenn Rita Hug nicht geeignet wäre, eine Sitzung zu leiten. Also sorry, ich habe sie lange genug in der GRPK erlebt. Wer ihr unterstellt, es wäre für sie eine Überforderung, die Budgetsitzung zu leiten und sie ins kalte Wasser zu werfen, ist frech. Was ich sagen will ist, macht doch aus Banalitäten nicht so ein riesiges Ding und zwar indem man sich im Voraus mit den Leuten abspricht, die es betreffen könnte. Dann hätten wir die ganze Sache, die wir jetzt haben und darüber abstimmen müssen, nämlich gar nicht.

Zum Schluss als Geschichtslehrer muss ich schon noch etwas sagen zur Aussage, es hat eine Mehrheit entschieden, darum ist es demokratisch. Ich zähle jetzt keine Liste der Diktatoren, die von einer Mehrheit gewählt worden sind, auf, sonst wären wir morgen noch da.

Abstimmung über den Antrag der SP-Fraktion (mit Stimmzählern)

Der Rat lehnt den Antrag mit 19:13 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab.

1. Mitteilungen

1.1 Überweisungen

Die Weisung 22, vom 18. Januar 2021, Zweckverband Seewasserwerk Hirsacker-Appital, Statutenrevision, Abstimmungsempfehlung, wurde zur Vorberatung präsidial an die Sachkommission überwiesen.

Die Weisung 23, vom 28. Januar 2021, Zweckverband Schulpsychologischer Dienst Bezirk Horgen, Statutenrevision, Abstimmungsempfehlung, wurde zur Vorberatung präsidial an die Sachkommission überwiesen.

1.2 Eingänge

- Bericht und Antrag zum Budget 2021
- Postulat der FDP/GLP-Fraktion, vom 20. Februar 2021, betreffend amtliches Publikationsorgan
- Beantwortung der Schriftlichen Anfrage von Hanspeter Andreoli, BFPW, Cornelia Dätwyler, FDP, Thomas Koch, FDP, Christian Nufer, FDP, Pierre Rappazzo, GLP, Pascal Rubin, BFPW, Roy Schärer, SVP, und Lukas Wiederkehr, CVP, vom 25. November 2019, betreffend Erfolgskontrolle Gemeindefusion
- Beantwortung der Schriftlichen Anfrage der Fraktion der Grünen, vom 2. November 2020, zur Wärmestrategie Wädenswil
- Interpellation der SVP-Fraktion, vom 28. Januar 2021, betreffend Kosten von parlamentarischen Vorstössen
- Weisung 23, vom 28. Januar 2021, Zweckverband Schulpsychologischer Dienst Bezirk Horgen, Statutenrevision, Abstimmungsempfehlung
- Weisung 22, vom 18. Januar 2021, Zweckverband Seewasserwerk Hirsacker-Appital, Statutenrevision Abstimmungsempfehlung

1.3 Hinweise zur Sitzung

Gemeinderatspräsident Ernst Grand: Ich habe drei Hinweise zur heutigen Sitzung:

- Es ist zu vermuten, dass die heutige Sitzung länger dauern könnte als die zwei Stunden plus der zusätzlichen Stunde der Doppelsitzung. Da wir aber heute das Budget zwingend verabschieden und auch die Konstituierung machen müssen, beantrage ich bereits jetzt, dass wir die maximal im Reglement vorgesehene Zeitdauer von 3 Stunden überschreiten können, bis wir fertig sind. Es ist wichtig, dass wir das Budget und die Konstituierung heute Abend abschliessen können.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Ernst Grand gibt es dagegen keine Einwände.)

- Es ist wichtig, falls Anträge formuliert werden, diese dann zu formulieren, wenn über das entsprechende Budget einer Abteilung bzw. eines Kontos gesprochen wird. Wenn Änderungsanträge auf ein entsprechendes Konto formuliert werden, sollen diese dann gebracht werden, wenn wir darüber reden und nicht erst am Schluss, sonst gibt es ein Durcheinander.
 - Zu den Anträgen und Kommentaren des Stadtrats zum Bericht und Antrag: Der Stadtrat ist gemäss seiner Stellungnahme zum Bericht und Antrag der Auffassung, dass gewisse Anträge nicht zulässig sind. Ich erachte es nicht als meine Aufgabe, über die Zulässigkeit oder Nichtzulässigkeit zu befinden. Da gibt es andere Leute, die dies besser können. Ich werde die Anträge der GRPK zur Diskussion stellen und zur Abstimmung bringen.
-

10.07

2. Budget 2021 und Festsetzung des Steuerfusses

Gemeinderatspräsident Ernst Grand: Gemäss Artikel 25 Absatz 2 unseres Reglements muss der Gemeinderat auf das Budget eintreten. Damit entfällt eine Eintretensdebatte.

Für die nachfolgenden Beratungen und Beschlussfassungen wird vorgeschlagen, gemäss der Reihenfolge auf Seite 7 und 8 des Budgets vorzugehen.

Erstens wird über das vorliegende Budget 2021 inklusive Leistungsaufträgen mit Globalkrediten der FLAG-Abteilungen beraten.

Zweitens wird der Steuerfuss 2021 verhandelt und festgelegt. Die endgültige Festlegung des Budgets ist abhängig vom Beschluss über den Steuerfuss.

Abschliessend wird über das Gesamtpaket - Budget (evtl. mit Änderungen, diese werden dann nochmals festgehalten) und Steuerfuss - eine Schlussabstimmung durchgeführt.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Ernst Grand gibt es dagegen keine Einwände.)

Erstens Budget und Leistungsaufträge

Gemeinderatspräsident Ernst Grand: Es wird Abteilung für Abteilung durchgegangen. Jeder Antrag der GRPK oder einer Fraktion ist ein Änderungsantrag, über welchen sogleich diskutiert und abgestimmt wird. Wenn der Änderungsantrag keine Mehrheit findet, bedeutet dies Zustimmung zum jeweiligen Antrag des Stadtrats gemäss seinem Antrag zum Budget 2021.

Gibt es mehrere gleichgeordnete Änderungsanträge, und das gibt es teilweise, kommt das Cup-System zur Anwendung gemäss Artikel 40 des Geschäftsreglements. Das heisst, alle Anträge werden zusammen mit dem Antrag des Stadtrats nebeneinander zur Abstimmung kommen und jedes Gemeinderatsmitglied hat nur eine Stimme. Das absolute Mehr beträgt heute Abend 18 Stimmen (Die Hälfte aufgerundet). Wir sind heute 35 Personen, die Hälfte davon und aufgerundet gibt 18. Wenn das absolute Mehr in einer solchen Situation nicht erreicht wird, werden die beiden, die am Schlechtesten abschneiden, einander gegenübergestellt, darüber abgestimmt und der Verlierer fliegt dann raus. Das machen wir solange, bis nur noch zwei Anträge da sind. Nein, das stimmt nicht ganz. Der Schlechteste fliegt raus und die drei übrigbleibenden Anträge werden wieder gegeneinandergestellt. Jeder hat wieder nur eine Stimme. Wenn es ein absolutes Mehr gibt, ist es dann der Beschluss, wenn es kein absolutes Mehr gibt, kommt es wieder zum Cup-System und am Schluss bleiben nur noch zwei Anträge übrig. Beim entsprechenden Fall mache ich nochmals darauf aufmerksam.

Wenn alle Abteilungen und alle Änderungsanträge behandelt sind, wird am Schluss über das bereinigte Budget 2021 als Ganzes abgestimmt.

Detailberatung zum Budget (abteilungsweises Vorgehen)

Präsident der GRPK, Christian Gross, SP: Am 14. Dezember 2020 hat der Gemeinderat entschieden, die Vorlage des Stadtrats nicht zu diskutieren und das Budget 2021 zurückzuweisen. Entsprechend ist es zu einer Extrarunde gekommen. Am 8. Februar 2021 hat der Stadtrat eine neue Budgetversion verabschiedet. Am 11. Februar 2021 haben Walter Münch und Stefan Müller diese neue Version der GRPK präsentiert. Ich bedanke mich bei den beiden sowie allen weiteren Involvierten für die rasche Ausarbeitung der neuen Budgetversion. Nach drei Sitzungen und einer Reihe von Abteilungsbesuchen konnte sich die GRPK ein Bild des neuen Budgets machen.

Ich werde mich im Weiteren hauptsächlich auf die Änderungen gegenüber der im Dezember zurückgewiesenen Version beziehen. Auch der schriftliche Bericht hält dies so. Diese Änderungen lassen sich ganz grob so zusammenfassen: Die Ausgaben in der Erfolgsrechnung wurden um ca. CHF 4.0 Mio. gekürzt, ebenso CHF 4.0 Mio. sind bei der Investitionsrechnung rausgeflogen. Andererseits sinken auch die laufenden Erträge leicht um etwa CHF 1.0 Mio. Darum bleibt auch in der neuen Rechnung trotz aller Kürzungen ein geringfügiges Defizit.

Was hat sich denn konkret geändert? In der Investitionsrechnung wurden einfach ein paar Projekte verschoben. Eingespart wurde hier eigentlich gar nichts. Die entsprechenden Arbeiten wurden in die nächsten Jahre verschoben und kommen dann auf uns zu. Zum Teil spielten hier auch die Folgen des Notbudgets rein. Insbesondere die Abteilungen Werke sowie Planen und Bauen konnten während mehreren Monaten keine Investitionen tätigen, wodurch ein Arbeitsrückstand entstanden ist. Dieser kann dieses Jahr vermutlich nicht mehr aufgeholt werden.

Etwas komplizierter ist die Beurteilung in der laufenden Rechnung. Auch hier wurden diverse Arbeiten einfach ins 2022 verschoben. Andererseits gibt es auch schmerzhaftes Kürzungen und diverse Corona-Effekte, da zwischen der ersten und der zweiten Budgetversion beinahe ein halbes Jahr vergangen ist, sind die Effekte der zweiten Corona-Welle im neuen Budget enthalten. In der ursprünglichen Version hat dies noch gefehlt. Ganz grob kann gesagt werden, dass sich die Veränderungen von CHF 4.0 Mio., die ich erwähnt habe, etwa gleichmässig auf Kürzungen, Verschiebungen in die nächsten Jahre und Corona-Effekte zurückgehen. Das macht also je etwas mehr als CHF 1.0 Mio. aus.

Da sich das Budget nicht grundsätzlich verändert hat, ist auch die Haltung der GRPK im Wesentlichen dieselbe geblieben. Weiterhin macht uns die rasch ansteigende Verschuldung Sorgen. Die gemachten Kürzungen erachtet die GRPK als insgesamt nicht nachhaltig. Wenn wichtige, teilweise sogar ertragsgenerierende Anschaffungen um ein Jahr verschoben werden, verbessert dies die Finanzlage nicht. Die GRPK hat ausserdem den Eindruck erhalten, dass die neue Budgetversion nicht immer realistisch ist. Der Stadtrat und die Abteilungen standen offensichtlich unter hohem Druck, möglichst tiefe Aufwände auszuweisen. Wie gesagt, diverse Veränderungen im neuen Budget gegenüber der ersten Version sind nicht wirklich politische Entscheide. Es ist einfach ein halbes Jahr vergangen, viele Budgetpositionen können jetzt genauer beurteilt werden als im letzten September. Dabei gibt es natürlich Veränderungen in beide Richtungen. Insbesondere aufgrund der zweiten Pandemiewelle

sinken in diversen Abteilungen sowohl der Aufwand als auch der Ertrag. Die GRPK hatte mehrfach den Eindruck, dass die Aufwandssenkungen konsequenter berücksichtigt wurden. Ein Beispiel: Die Abteilung Gesundheit geht davon aus, dass rund CHF 300'000 weniger Pflegebeiträge ausbezahlt werden müssen. Simpel und tragisch, weil viele Betagte gestorben sind oder sich nicht mehr getrauen, überhaupt ins Altersheim zu gehen. Gleichzeitig wird aber davon ausgegangen, dass das Alterszentrum Frohmatt höhere Erträge erwirtschaftet. Das wirkt etwas komisch. Die GRPK befürchtet, dass bei der Rechnungsabnahme in einem Jahr noch die eine oder andere böse Überraschung wartet.

Zusammengefasst kann man wohl sagen, dass die Rückweisung des Budgets Zeitverschwendung war. Wie gesagt, es gibt keine grundsätzlichen Veränderungen zwischen der ersten und der zweiten Budgetversion. Alle jetzt vorliegenden Anträge hätten auch im Dezember eingereicht werden können. Ausser Spesen nichts gewesen. Alle Abteilungen mussten unter enormem Zeitdruck ein neues Budget erarbeiten. Die Angestellten der Stadt haben dabei viel Überstunden angehäuft. Die Abteilung Präsidiales hat uns geschrieben, dass sie von einer vierstelligen Anzahl Überstunden ausgehe. Dazu kommt noch der Mehraufwand aufgrund des budgetlosen Zustands. Zum Teil haben notwendige Zahlungen speziell freigegeben werden müssen, bevor sie getätigt werden konnten. Ich danke der gesamten Verwaltung für die Zusatzleistung.

Als Politiker und Politikerinnen müssen wir uns aber schon fragen, ob es das denn Wert war. Alleine die erneute Prüfung des Budgets in der GRPK hat etwa CHF 7'000 gekostet und jede Stunde, die wir heute Abend hier sitzen, diskutieren und über Anträge abstimmen, kostet so ganz grob CHF 1'000. Das ist dann noch der kleinste Teil der Arbeit. Dazu kommen Sitzungen des Stadtrats, Besprechungen in den Abteilungen, rechtliche Abklärungen und die schon erwähnten Überstunden. Alles in allem ist wahrscheinlich ein Steuerprozent durchaus eine realistische Schätzung für all diesen Aufwand. Ein Steuerprozent wurde verschwendet, um ein Zeichen zu setzen.

Zum Schluss noch ein paar Worte zu diversen Anträgen der GRPK. Es war nicht möglich, diese im Voraus auf ihre Gültigkeit zu prüfen, da sie erst in letzter Sekunde eingereicht wurden. Bereits während der GRPK-Sitzung kamen bei einzelnen Anträgen Zweifel an der Gültigkeit und insbesondere an der Umsetzbarkeit auf. Der Stadtrat hat in seiner Stellungnahme dann tatsächlich festgehalten, dass er einen Teil der Anträge als ungültig erachtet. Ich persönlich teile diese Auffassung bei einigen der Anträge. Jetzt ist es noch unklar, ob wir über alle abstimmen werden. Falls wir aber über diese abstimmen, möchte ich sagen, lässt bitte den Realitätssinn walten. Was Wädenswil jetzt benötigt ist ein gutes, ein gültiges und ein realistisches Budget und nicht Zeichen und Symbole.

Ich darf im Namen der GRPK empfehlen, das überarbeitete Budget 2021 zu verabschieden und ich hoffe, dass wir in den nächsten Stunden konstruktive Diskussionen zu den einzelnen Punkten führen können.

Mitglied der GRPK Martin Schlatter, EVP: Als Vertreter der EVP-Fraktion möchte ich ein paar generelle Gedanken äussern zum Budget 2021 sowie zu den Anträgen der GRPK.

Der Stadtrat und die Abteilungen haben ihr Möglichstes getan, um in so kurzer Zeit dem Ruf der knappen Parlamentsmehrheit nach einem ausgeglichenen Budget entgegenzukommen. Was wir befürchtet haben, ist eingetreten. In dieser kurzen Zeit war es dem Stadtrat nicht möglich, nebst der Auseinandersetzung mit dem Notbudget, eine realistische Aufgabenüberprüfung vorzunehmen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass nur wenige echte nachhaltige Spareffekte erreicht werden konnten. Ich möchte das wiederholen, was Christian Gross bereits gesagt hat. Fazit: Ausser Spesen nichts gewesen. Auch wenn jetzt kaum jemand mit dem Resultat zufrieden ist, möchten wir dem Stadtrat und den Abteilungen für die geleistete Arbeit einen grossen Dank aussprechen.

Die bürgerliche Mehrheit in der GRPK führt einen Sparfeldzug, der quer durch fast alle Abteilungen geht. Dabei wird auf nichts und niemanden Rücksicht genommen. Die Firma Stadt hat schwarze Zahlen zu schreiben, und zwar subito. Da wird fast nach Belieben gestrichen und verkauft, ja gar Gebühren sollen erhöht werden. Die Resultate der laufenden Leistungsüberprüfung will man gar nicht erst abwarten, obwohl man genau diese zuvor lautstark gefordert hat.

Wir sind der Meinung, dass viele Anträge untauglich oder sogar widerrechtlich sind. So mischen sich die Antragssteller in die Hoheit der Exekutivorgane ein oder sie missachten gebundene Ausgaben wie beispielsweise laufende Arbeitsverträge. Aus diesem Grund wird die EVP-Fraktion viele der vorliegenden Anträge ablehnen.

Die Stadt Wädenswil ist keine Firma, sondern eine Institution des öffentlichen Rechts. Der Auftrag der Räte ist nicht die Erwirtschaftung von Gewinn bei möglichst tiefem Steuerfuss, sondern die verantwortungsvolle Führung des öffentlichen Haushalts. Es geht darum, die Bedürfnisse der Einwohner aufzunehmen, zu diskutieren und gemeinsam konstruktiv im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben umzusetzen. Es geht um einen Gewinn für die Bevölkerung, der nicht allein in Zahlen zu messen ist. So verstehen wir unseren Auftrag im Gemeinderat. Wir empfinden es als Fraktion, die im Stadtrat nicht mehr vertreten ist, als Trauerspiel, dass sich die bürgerliche Allianz und der bürgerlich dominierte Stadtrat nicht besser einigen konnten und dies zu Lasten der Wädenswiler Bevölkerung ausgetragen wird.

Die EVP begrüsst, dass der Stadtrat nicht von seinen Grundsätzen abgewichen ist und insbesondere an der Steuererhöhung festhält. Aufgrund der schwierigen finanziellen Lage und speziell der rasant steigenden Verschuldung sehen auch wir leider keine andere Lösung, als den Steuerfuss um 4% anzuheben. Der bürgerliche Stadtrat hält fest: "Je früher eine Steuerfusserhöhung, desto besser." Ein Verzicht auf eine Steuerfusserhöhung wäre unverantwortlich oder man könnte sagen, absolut sträflich gegenüber der jungen Generation.

Mitglied der GRPK Angelo Minutella, GLP: Die mittelfristigen Finanzaussichten sind weiterhin besorgniserregend. Da sind wir parteiübergreifend gleicher Meinung. Der Finanz- und Entwicklungsplan (FEP) wurde nicht überarbeitet, die per 2024 prognostizierte Nettoschuld von sagenhaften CHF 60.0 bis CHF 80.0 Mio. ist für die zukünftige Generation, das heisst für unsere Kinder, weiterhin eine viel zu grosse finanzielle Last.

Der Stadtrat berichtet, dass im überarbeiteten Budget der Personalaufwand um CHF 1.2 Mio. gesenkt werden konnte. Wir haben es gehört, der grösste Teil der sogenannten Einsparungen sind Corona-Einmaleffekte und Verschiebungen bei den Anstellungen auf nächstes Jahr oder weitere Jahre. Das Hauptproblem unserer Stadt sind weiterhin die seit der Fusion exorbitant wachsenden Personalaufwände, obwohl mit der Fusion, wir haben es gelesen, angeblich CHF 1.0 Mio. eingespart werden konnte. Dieses Wachstum liegt weiterhin bei plus 8% im Vergleich zur Rechnung 2019. Zwischen 2010 und 2018 ist die durchschnittliche Personalwachstumsrate nur halb so hoch gewesen, nämlich bei 2%. Bereits das ist deutlich mehr als die durchschnittliche Teuerungsrate von 0.5%.

Der Stadtrat hat bei der Überarbeitung des Budgets, das heisst bei einem Volumen von rund CHF 200.0 Mio., effektiv CHF 1.0 Mio. eingespart. Die Überarbeitung war daher eher nutzlos und hilflos. Auch bei den Anträgen zeigt sich der Stadtrat in Bezug auf unsere Vorschläge sehr wiederborstig und verweist unermüdlich auf die anstehende Leistungsüberprüfung. Auch der Stadtrat ist sich weiterhin bewusst, dass wir uns zu viel leisten im Verhältnis zu unseren Möglichkeiten. Die beantragte Steuerfusserhöhung von 4% wird das Problem alleine nie lösen können, sondern bloss die erste sein einer ganzen Reihe von Steuererhöhungen. Der Stadtrat selbst schreibt weiterhin im Vorwort des Budgets, dass die Verschuldung die grosse Herausforderung ist und Corona die Verschuldung weiter erhöht und deshalb ein entschiedenes Eingreifen notwendig ist. Dies ist die unangenehme Wahrheit. Der Stadtrat muss zugeben, dass auch nach der Überarbeitung Einsparungen und Effizienzverbesserungen weiterhin ungenügend sind und der Punkt gekommen ist, dass nicht nur über Leistungskürzungen geredet werden muss, sondern diese auch durchzusetzen sind.

Gerne möchte ich den Stadtrat nochmals an seine Worte erinnern, die er bereits vor der Fusion in Aussicht stellte. Zitat: "Die Hausaufgaben zu machen, um die gesetzten Ziele zu erreichen", das heisst, ein ausgeglichenes Budget und keine Steuerfusserhöhung, für nächstes Jahr und die vielen folgenden Jahre, für eine Stadt, die lebenswert sein und auch bleiben soll.

Mitglied der GRPK, Eric Schenk, CVP: Mit der Rückweisung des Budgets an den Stadtrat danken wir den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, die die Herausforderung innert kürzester Zeit bewältigt haben.

Die CVP-Fraktion ist weiterhin gegen die Erhöhung des Steuerfusses, um der Bevölkerung in diesen unsicheren und schwierigen Zeiten keine höheren Abgaben aufzubürden. Der Stadtrat ist noch stärker gefordert, die von ihm initiierte Leistungsüberprüfung entschieden voranzutreiben und daraus rasch, konkret und nachhaltige Massnahmen abzuleiten. Die CVP vertraut dem Stadtrat, dass er die notwendigen Schritte konsequent und umsichtig einleitet. Die CVP erwartet ausserdem, dass dem Gemeinderat spätestens mit der nächsten Budgetrunde ein überarbeiteter Finanz- und Entwicklungsplan vorliegt. Auf diesen Entscheidungsgrundlagen ist der heutige Steuerfuss abzulehnen und dann neu zu beurteilen und falls notwendig anzupassen.

Mitglied der GRPK, Judith Fürst, SP: Auch ich möchte mich im Namen der SP zum Budget äussern. Beim letzten Mal wurde es uns nicht ermöglicht, über das vom Stadtrat vorgelegte Budget zu diskutieren. Wir sind darum heute sehr gespannt auf die Diskussionen und Meinungen im Parlament.

Der Stadtrat hat innert kürzester Zeit mit grossem Aufwand das Budget 2021 überarbeitet und versucht, wo es nur geht, den Rotstift anzusetzen. Die bürgerliche Allianz beanstandet wieder, dass der Stadtrat zu wenig gemacht und die geforderten Kürzungen nicht getätigt hat. Vielleicht müsste man aber auch einmal merken, dass die Zitrone ausgepresst ist und es nicht ganz einfach ist, noch mehr aus dem Budget zu streichen, wenn auf der Einnahmeseite nicht mehr hereinkommt. Es kommt sogar soweit, dass die Stadt auf Druck von rechts massiv Leistungen kürzen muss. Trifft es dann die Badi oder ein Schulhaus, so ist der Aufschrei plötzlich riesig. Sobald die Kürzung vor der eigenen Haustüre ist, merkt auch der eine oder andere Gemeinderat hier im Saal, dass es weh tut. So kommt es zu ganz lustigen Situationen, nämlich, dass die SVP eine Badi und ein Schulhaus retten will, die eigentlich auf ihren Wunsch dem Spardruck zum Opfer gefallen sind. Ein anderes Beispiel sind die Parkplatzgebühren. Auf einmal ist es ihre Idee, mehr für die Parkplätze in Wädenswil zu verlangen. Ich habe so das Gefühl, dass die genannte Partei in ihrer Sparwut sogar ihr "V" im Parteinamen weggekürzt hat.

Skuril ist auch, dass jetzt im zweiten Anlauf der rechten Parteien plötzlich eine riesige Welle an Anträgen gekommen ist. Einerseits frage ich mich, warum denn das nicht schon im ersten Anlauf möglich gewesen ist. Zusätzlich wundert es mich auch, dass etliche Anträge gestellt werden, ohne vorher Abklärungen zu treffen und der Stadtrat dann monieren muss, dass die meisten Anträge nicht rechtsgültig sind. Ist das nicht ein bisschen peinlich? Genau diese Seite, die sparen möchte, verursacht, dass GRPK-Sitzungen bis in alle Nacht hinein dauern und die Gemeinderatssitzung unnötig in die Länge gezogen wird. Auch das sind Steuergelder, liebe Gemeinderäte. Wie vorher vom GRPK-Präsidenten Christian Gross ausgerechnet, hat uns die Budgetrückweisung wohl grade so viel gekostet, wie im neuen Budget gekürzt worden ist. Hat sich das wirklich gelohnt? Die SP-Fraktion findet das ein Skandal und hofft, dass in den kommenden Jahren die Budgetdiskussionen sachlich und in einem Anlauf diskutiert und entschieden werden können. In diesem Sinne freue ich mich jetzt auf eine zweckdienliche und konstruktive Diskussion.

Mitglied der GRPK, Ulrich Reiter, Grüne: Ich kann mich meiner Vorrednerin nur anschliessen. Wir diskutieren heute Abend über rund 40 Anträge der Bürgerlichen zum überarbeiteten Budget, weil bis auf wenige Korrekturanträge seitens bürgerlichem Stadtrat diese zurückgewiesen werden und sogar als nicht reglementkonform bezeichnet werden. Das heisst, nach rund drei Monaten zusätzlichem Einsatz und Aufwand aller Beteiligten, viele Zahlen drehen, verschieben und nicht ausgeführten Aufträgen sowie Verzögerungen, sind wir heute praktisch keinen Schritt weiter als im Dezember. Die vom Stadtrat im überarbeiteten Budget erreichten Aufwandreduktionen beziehen sich, wie von Christian Gross bereits ausgeführt, mehrheitlich auf Verschiebungen auf das nächste Jahr bzw. Reduktion aufgrund der budgetlosen Periode oder Korrekturen aufgrund von genaueren Zahlen. Das strukturelle Defizit wird so auch in Zukunft nicht behoben werden können. Die einfachen Sparziele sind aber umgesetzt. Ansonsten müssten wir heute Abend nicht über Anträge diskutieren, die das

Budget um wenige tausend oder zehntausen Franken entlasten, aufgrund von Kosteneinsparungen, wie beispielsweise bei den Drucksachen. Es ist am Stadtrat, Führung zu zeigen und entsprechendes Sparpotenzial in Eigenregie umzusetzen und nicht auf historischen Kennzahlen zu beharren.

Einen echten Leistungsabbau wollen die Sparpolitiker ihren Wählerinnen und Wählern aber auch nicht verkaufen. Dabei wäre es am Stadtrat, in seiner Strategie bzw. dem bürgerlichen Gemeinderat mit entsprechenden Vorstössen aufzuzeigen, welche Leistungen in Zukunft anscheinend nicht mehr finanzierbar sein sollen. Wenn da keine substantziellen Vorschläge von bürgerlicher Seite hervorgebracht werden können, müssen wir heute bezahlen, was wir bestellt haben und die Kosten nicht zukünftigen Generationen in die Schuhe schieben. Aber die ersten Reaktionen auf diese Diskussion, wie beispielsweise die Schule Langrüti oder das Hallenbad in der Au zeigen, dass die Wähler nicht bereit sind, einen entsprechenden Leistungsabbau zu unterstützen. Es ist daher weiterhin angebracht, die langfristige Planung in den Vordergrund zu stellen und die entsprechenden finanziellen Mittel über die geplante Steuererhöhung zur Verfügung zu stellen. Ich wiederhole mich hier, aber es gilt weiterhin der Grundsatz, dass sich hohe Investitionen in den Steuereinnahmen spiegeln müssen. Dieser Grundsatz ist in der Vergangenheit zu sehr ignoriert worden. Einer Gemeinde ist es nicht möglich, einfach ein paar defizitäre Bereiche abzustossen, Aufgaben zu streichen oder die Belegschaft zu reduzieren. Ja, es gibt weiterhin ein Sparpotenzial, das aber auch nicht ohne zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur behoben werden kann. Sei das zum Beispiel die Aufrüstung in der IT, wie es verschiedentlich gefordert wird oder auch die Erneuerung von Gebäuden zur Reduktion von Energiekosten. Es wird also auch weiterhin Investitionen und zusätzlichen Mittel brauchen, die wir entsprechend zur Verfügung stellen müssen.

Mitglied der GRPK, Marco Kronauer, SVP: Wie meine Vorredner bereits gesagt haben, sind wir von der SVP bereits mehrfach angegriffen worden. Ihr schaut die ganze Leistungsüberprüfung mit dem Budget bereits als abgeschlossen an. Aber wer sagt, dass dies bereits abgeschlossen ist? Der Stadtrat hat jetzt eine Leistungsüberprüfung angesagt, und vielleicht schaut dabei noch mehr heraus. Ihr könnt somit nicht sagen, dass es nichts gebracht hat. Klar ist, dass drei Monate sicher eine knappe Zeit waren. Aber es ist ja ein laufender Prozess, der noch besser werden kann. Zu den Anträgen möchte ich festhalten, dass der Stadtrat auch Anträge der linken Seite ablehnt. Somit kann nicht gesagt werden, dass nur von der bürgerlichen Allianz Anträge gekommen sind, die so nicht gemacht werden können. So wird der Antrag für die Stelle bei den Sozialversicherungen vom Stadtrat ja eigentlich auch abgelehnt.

Noch ein Wort zur Schulhausschliessung Langrüti. Ich möchte danach nicht mehr weiter darauf eingehen. Uns sollen aber bitte vorher die Zahlen gezeigt werden, bevor beurteilt werden kann, ob es überhaupt eine Sparmassnahme ist und ob das überhaupt etwas bringt. Vorher können wir nicht darüber diskutieren.

Präsident der GRPK, Christan Gross, SP: Marco Kronauer, ich habe eine kurze Replik zur Aussage betreffend den Anträgen der SP, die vom Stadtrat nicht unterstützt werden. Du kannst herumschauen, wie viele SPler im Stadtrat sind und wie viele Leute aus eher deiner politischen Richtung. Ich glaube das Problem ist eher, dass ihr die Mehrheit im Stadtrat hättet, um euch mit ihnen abzusprechen, das aber nicht macht.

Stadtrat Finanzen Walter Münch: Der Stadtrat hat mit der Überarbeitung des Budgets den Auftrag der Parlamentsmehrheit soweit möglich umgesetzt. Dabei hat er sich mit kurzfristig realisierbaren Saldoverbesserungen aber auch mit längerfristigen Perspektiven des Finanzhaushalts auseinandergesetzt. Ein ausgeglichenes Budget war aber trotzdem nicht möglich. Dies, weil uns im 2021 rund CHF 6.0 Mio. aus dem Finanzausgleich fehlen. Dieses Loch können wir nicht einfach stopfen. Bei der Überarbeitung des Budgets hat sich der Stadtrat folgende Prioritäten gesetzt:

Leistungsüberprüfungen zur mittelfristigen Entlastung des Finanzhaushalts in den Bereichen Bildung, Soziokultur, Sicherheit, Immobilien im Finanzvermögen, Alter und Gesundheit, Anlässe, Vereine und Sport. Dann haben wir uns nochmals mit den Investitionen auseinandergesetzt bezüglich Priorität und Notwendigkeit. Weiter haben wir den Personalaufwand nochmals durchleuchtet und geprüft, was nötig ist, damit der mittel- und langfristige Finanzhaushalt stabilisiert werden kann um die Zunahme der Verschuldung zu verlangsamen.

Zuerst zu den Leistungsüberprüfungen. Die Stadt Wädenswil befindet sich ja schon länger in einer finanzpolitisch schwierigen Situation. Trotz strenger Ausgabendisziplin konnte keine nachhaltige Entlastung stattfinden. Dies ist unter anderem auch darauf zurückzuführen, dass in einigen Bereichen natürlich die Kosten zunehmen, ohne dass die Stadt Einfluss hat, beispielsweise im Bereich Soziales oder bei der Pflegefinanzierung.

Diese Ausgangslage hat den Stadtrat im Sommer 2020 dazu veranlasst, nach 2016 erneut eine Leistungsüberprüfung vorzunehmen, die darauf abzielt, Angebote und Leistungen zu hinterfragen und diese auf den gesetzlichen Auftrag zu reduzieren, wo immer sinnvoll und möglich. Dazu haben wir die verschiedenen Bereiche definiert und Arbeitsgruppen eingesetzt. Anfangs Februar 2021 haben die Arbeitsgruppen dem Stadtrat einen ersten Zwischenbericht erstattet. Über die Anpassung einer Leistung wird entschieden, sobald die notwendigen Entscheidungsgrundlagen vorliegen. Im Zuge der Budgetberatung gewährte der Stadtrat der GRPK einen kleinen Einblick in die laufenden Abklärungen. Die Arbeitsgruppen haben den Auftrag, Vorschläge auszuarbeiten, welche Leistungen die Stadt nicht mehr erbringen soll. Im Mai wird der Stadtrat in seiner Klausur entscheiden, welches die Kernaufgaben der Stadt sind und welche Leistungen sie weiterhin erbringen will. Weil die Primarschule betroffen ist, hat der Stadtrat auch die Schulpflege in die Ausarbeitung der Massnahmen einbezogen.

Nun zur Investitionsrechnung. Die geplanten Investitionen wurden erneut auf Notwendigkeit und Dringlichkeit überprüft. Bei einigen Projekten wurde ein Zwischenstopp eingelegt, um nach Alternativen zu suchen oder sie mussten auf später verschoben werden, dies nicht zuletzt infolge des budgetlosen Zustands. Insgesamt konnten die Nettoinvestitionen um CHF 4.0 Mio. auf CHF 19.0 Mio. reduzieren. Im steuerfinanzierten Verwaltungsvermögen wurden Investitionen um CHF 2.8 Mio., bei den Gebühren etwa CHF 1.2 Mio. und auch im Finanzvermögen rund CHF 200'000 herausgenommen.

Bei der Erfolgsrechnung zeigt das überarbeitete Budget 2021 einen Aufwandüberschuss von CHF 1.1 Mio. Das ist gegenüber dem Budgetantrag vom September um CHF 3.2 Mio. besser. Der Aufwand wurde durch ausserordentliche Sparmassnahmen, von denen, wie bereits einige erwähnt haben, nicht alle wirklich nachhaltig sind, um CHF 4.2 Mio. reduziert.

Wegen der Corona-Pandemie und den verlängerten zusätzlichen Hilfsmassnahmen von Bund und Kanton haben wir gleichzeitig tiefere Aufwändungen im Bereich Soziales vornehmen können. Aber natürlich haben wir auch Ausfälle auf der Einnahmeseite. Darum fällt der Ertrag im Budget rund CHF 1.0 Mio. tiefer aus. Zusammengefasst ergibt dies eine Reduktion um CHF 3.2 Mio. in der Erfolgsrechnung, einen Aufwandüberschuss von CHF 1.1 Mio. Auch die vom Gemeinderat kritisierten Aufwände bei der Primarschule und bei der Dienststelle Soziokultur, insbesondere Freizeitanlage, haben wir auch intensiv diskutiert und entsprechende Saldoverbesserungen vorgenommen. Bei der Abteilung Schule und Jugend wurden rund CHF 0.5 Mio. eingespart. Primär im sonderpädagogischen Bereich sowie eine ganze Vielzahl von kleineren Beträgen.

Nun zum viel diskutierten Personalaufwand. Der Stadtrat hat wirklich über längere Zeit jede einzelne Stelle auf ihre Dringlichkeit und Notwendigkeit überprüft und so eine Verbesserung von CHF 1.2 Mio. im Personalaufwand erzielt. Einfach waren diese Entscheide nicht und einige müssen erst noch verkraftet werden. Wir haben sehr intensive Diskussionen im Stadtrat geführt. Trotzdem gibt es beim Personal einen Mehraufwand von CHF 2.3 Mio. gegenüber dem Budget 2020, und zwar aus folgenden Bereichen: Einerseits betrifft es die Frohmatt, die CHF 1.0 Mio. mehr Personalaufwand aufgrund höherer Pflegestufen einplant. Das wird jedoch über Entgelte und nicht über die Steuern finanziert. Bei den Werken sind es CHF 0.3 Mio. mehr für einen Leiter Energiedienste und Projekte und Mitarbeiter in der Infrastruktur Gas/Wasser. Das wird über Gebühren finanziert. Was über die Steuern finanziert wird, sind Stellen im Rest der Verwaltung, beispielsweise im Bereich Biodiversität. Der Gemeinderat hat ja entschieden, für eine solche Stelle Geld einzuplanen. Auch bei der Soziokultur, der Nachfolge der sip, war es ein Entscheid des Gemeinderats. Einen Projektleiter Immobilien finanzieren wir durch Verrechnung von Eigenleistungen in der Investitionsrechnung. Bei Soziales geht es darum, dass wir eine Minderung der Kostenentwicklung herbeiführen können. Weiter haben wir absolut notwendige Stellen trotz ausgewiesenem Bedarf gestrichen oder besetzen sie erst später.

Zuletzt noch ein Wort zur Verschuldung. Zur Steuerfussdiskussion kommen wir ja noch. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt jetzt bei 39%. Immer noch sehr tief, aber er hat sich um 19 Prozentpunkte verbessert gegenüber dem ursprünglichen Budget. Die verzinslichen Schulden wachsen noch von ca. CHF 10.0 Mio. auf CHF 126. Mio. an. Die Nettoschuld pro Einwohner bzw. Einwohnerin steigt per Ende 2021 auf CHF 1'520. Die zunehmende Verschuldung ist unser Problem. Diese bleibt trotz der Überarbeitung des Budgets. Eine weitere wichtige Kennzahl ist auch das Verhältnis von Fremd- und Eigenkapital. Es muss uns gelingen, das Verhältnis zu stabilisieren, also die stetige Abnahme des Eigenkapitals zu bremsen, um überhaupt noch handlungsfähig zu sein.

Zusammenfassend möchte ich nochmals sagen, dass der Stadtrat den Auftrag der Parlamentsmehrheit ernst genommen und probiert hat, diesen soweit möglich umzusetzen. Ich bin sicher, dass wir heute Abend eine konstruktive Budgetdebatte haben und das Budget entsprechend verabschieden können. Ich bitte Sie im Namen des Stadtrats, das Budget 2021 zu genehmigen.

Patrick Höhener, Grüne: Ich hatte im Dezember des letzten Jahrs zwei Vorstösse eingereicht. Bei einem dieser Vorstösse kam postwendend eine Rückmeldung von Roger Kempf

und Ernst Grand, mit dem Hinweis, dass einer dieser Anträge einer Prüfung nicht standhalten und deshalb abgewiesen würde, falls ich ihn trotzdem einreiche. Ich habe damals zugehört, es verstanden und habe diese Rückmeldung ernst genommen und den entsprechenden Antrag zurückgezogen.

Wenn ich heute vom gleichen Präsidenten höre, dass er Anträge zur Diskussion zulassen will, bei denen der bürgerlich geprägte Stadtrat in seinem Bericht festhält, dass solche Anträge unzulässig sind, wenn es um die Kürzung von klar gebundenen Ausgaben geht, und falls die Anträge trotzdem zur Abstimmung gebracht werden, vom Gemeinderatspräsidium zu verweigern sind, weil sie, wenn sie angenommen werden, nichtig sind, irritiert mich das. Ich würde erwarten, dass die Art von Lernfähigkeit und Rückmeldungen annehmen und verstehen, auch für das Gemeinderatspräsidium gilt.

Ordnungsantrag von Judith Fürst, SP

Keine Diskussion und Abstimmung über Folgende unzulässigen Anträge:

- 3.4 Präsidiales, 0153.3010.00 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals
- 3.5 Präsidiales, 0157.3010.00 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals
- 3.20 Schule und Jugend, 076 Soziokultur

Begründung des Antrags

Mitglied der GRPK, Judith Fürst, SP: Die Anträge sind laut Stadtrat unzulässig, da diese absolut gebunden sind. Um Zeit und somit auch Steuergelder zu sparen, beantrage ich, dass die Diskussionen und Abstimmungen der genannten Anträge entfallen. Es bringt nichts über Anträge zu diskutieren, die vom Stadtrat sowieso nicht umsetzbar sind, da sie nicht rechtsgültig sind.

Gemeinderatspräsident Ernst Grand: Ich schlage vor, nur eine Abstimmung durchzuführen, da es um das Gleiche geht.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Ernst Grand gibt es keine Einwände, dass über die Änderungsanträge in einem abgestimmt wird.)

Abstimmung über den Antrag von Judith Fürst (mit Stimmezählern)

Der Rat stimmt dem Antrag mit 18:16 Stimmen bei einer Enthaltung zu.

Zu den Abteilungen:
Präsidiales (Seite 28 bis 40)

Mitglied der GRPK, Beat Lüthi, FDP: Ich habe mit Martin Schlatter die Abteilung Präsidiales besucht. An dieser Stelle bedanke ich mich ganz herzlich bei Philipp Kutter und Esther Ramirez für die zeitnahe und kompetente Beantwortung von all unseren Fragen.

Gegenüber der Budgetversion vom September ist im vorliegenden Budget der Aufwand um CHF 141'000 und der Ertrag um CHF 66'000 tiefer, das heisst im Nettoergebnis ist eine Verbesserung um CHF 75'000 geplant. Von den Einsparungen hängen CHF 56'000 mit dem Ankauf von weniger SBB-Tageskarten, von den Mindererträgen CHF 61'000 mit dem Verkauf von weniger SBB-Tageskarten zusammen. Insgesamt sind von der Verbesserung des Nettoergebnisses ca. CHF 40'000 auf Covid-19 Effekte, CHF 27'000 auf Verschiebungen und nur zu einem geringen Teil auf tatsächliche Spareffekte zurückzuführen, insbesondere durch einen reduzierten Medieneinkauf bei der Stadtbibliothek.

Die Stadtbibliothek weist bei einem Ertrag von CHF 65'000 einen Aufwand von CHF 463'000 aus. Dies entspricht einem Aufwandüberschuss von rund CHF 400'000. Mit einer Erhöhung der jährlichen Nutzungsgebühr, die der Stadtrat derzeit prüft oder einer moderaten Reduktion der Öffnungszeiten kann dieser Negativsaldo künftig reduziert werden.

Im Bereich Drucksachen/Publikationen orten wir ebenfalls Sparpotenzial, indem für die allgemeine Verwaltung und den Gemeinderat konsequent die elektronischen Medien (Website, Intranet, Extranet) zu verwenden sind.

Ebenso durch konsequente Auslagerungen der Applikationen und Services in die Cloud können Software- und Hardwarekosten flexibilisiert werden. Die Konfiguration von Computer-Arbeitsplätzen, wie beispielsweise in der Schule, kann durch gezielten Einkauf von temporären IT-Ressourcen optimiert werden. Das überarbeitete Budget weist diesbezüglich noch keine Verbesserungen auf. Die gegenüber dem Budget 2021 stark erhöhten Informatausgaben werden den anderen Abteilungen weiterverrechnet.

Als Fazit bleibt, dass im Budget der Abteilung Präsidiales, gegenüber der Version vom September, die nachhaltige Ergebnisverbesserung, gemessen am budgetierten Gesamtaufwand der Abteilung von rund CHF 9.0 Mio., etwa ein Promille beträgt.

Antrag der GRPK

Konto 0100.3102.00 Drucksachen, Publikationen

Eine Mehrheit der GRPK beantragt:

Das Budget auf dem oben genannten Konto wird um CHF 4'000 gekürzt.

Alt: CHF 16'000

Neu: CHF 12'000

Begründung des Antrags

Mitglied der GRPK, Angelo Minutella, GLP: Im Zeitalter der vollständigen Digitalisierung sollte der Verwaltungsaufwand reduziert und der Umwelt zu liebe vollständig oder soweit wie möglich auf das Drucken, Verteilen und weiterleiten von Dokumenten verzichtet werden. Die meisten von ihnen haben einen Internetzugang und haben elektronische Geräte.

Mitglied der GRPK, Judith Fürst, SP: Ich beziehe mich gleich auf beide Anträge, bei denen es um die Drucksachen im Präsidialen geht. In der heutigen Zeit, da die meisten Informationen über elektronische Medien geteilt und gesucht werden, denke ich, ist es auch dem Stadtrat nicht entgangen, dass Wädenswil bei diesem Thema aufholen muss. Es ist darum wünschenswert, dass der Stadtrat möglichst zeitnah sämtliche Publikationen sowie auch den Geschäftsbericht online stellt und Informationen an die Bevölkerung per elektronische Medien versendet. So können nicht nur Druckkosten gesenkt werden, sondern es ist auch noch ein guter Dienst an die Umwelt.

Eine Kürzung der Konten, bei denen es um Drucksachen und Publikationen geht, finden wir aber der falsche Weg. Das Jahr hat bereits begonnen und mit der Zürichsee-Zeitung bestehen laufende Verträge, die eingehalten werden müssen. Es ist nicht realistisch, dass der Stadtrat ab morgen einfach keine Inserate mehr in den Printmedien macht und so die Verträge bricht. Der korrekte Weg, um dem Stadtrat in dieser Sache Beine zu machen, ist ein Vorstoss und genau dieser liegt ja bereits bei Philipp Kutter auf dem Pult. Ich nehme an, er hat ihn inzwischen auch gelesen und seine Abteilung ist fleissig in Verhandlung mit der ZSZ sowie am Programmieren eines Onlinetools, so, dass wir uns bald auf mehr Informationen auf der Homepage und den sozialen Medien freuen können. Ich warte nämlich auch schon gespannt auf die Onlineberichte aus dem Stadtrat. In diesem Sinne lehnen wir beide Anträge ab und freuen uns über die Kürzung dieser Konten im Budget 2022.

Stadtpräsident Philipp Kutter: Ich möchte einsteigen mit ein paar Vorbemerkungen, die nicht nur für Präsidiales gültig sind. In einigen Voten sowie im schriftlichen Bericht der GRPK ist herausgekommen, dass Sie eine stärkere Korrektur zwischen dem ursprünglichen und dem laufenden Budget erwartet hätten. Das ist, gemessen an Ihren Erwartungen, nachvollziehbar. Aber ich möchte doch nochmals daran erinnern, dass der Stadtrat klar daraufhin gewiesen hat, dass kurzfristig sehr wenig Spielraum besteht. Wir haben auf die laufende Leistungsüberprüfung hingewiesen und dass wir bei der Finanzplanung ansetzen müssen und nicht beim Budget dieses Jahres, das inzwischen bereits begonnen hat. Der Stadtrat ist gewillt, seine Ausgaben zu hinterfragen und er ist sich bewusst, dass das nötig ist, mit und ohne Steuerfusserhöhung. Ich anerkenne das Bemühen der Fraktionen und der GRPK Sparvorschläge zu machen. Einiges was Sie beantragen, prüfen wir im Rahmen der Leistungsüberprüfung auch. Das Problem bei einigen Anträgen ist aber, dass sie die Verbesserung per sofort fordern. Das Budget ist eine Betrachtung von 12 oder jetzt noch von 9 Monaten. Eine Umsetzung quasi per sofort geht nicht überall und schon gar nicht, wenn ein Grundsatzentscheid gefällt werden muss, ein Reglement überarbeitet oder sogar eine Weisung ans Parlament gemacht werden muss. Darum empfehle ich Ihnen auch, wenn Sie etwas Grundsätzliches ändern wollen, machen Sie das doch über einen politischen Vorstoss und nicht unbedingt über einen Antrag im Budget. Ein gutes Beispiel ist, wie bereits erwähnt worden ist, das Postulat der FDP/GLP-Fraktion, vom 20. Februar 2021, betreffend amtliches Publikationsorgan der Stadt Wädenswil. Ich habe dieses tatsächlich auf dem Pult und habe

es gelesen. Das ist der richtige Weg. Damit können Sie ein Thema anstossen oder, wie in diesem Fall, dem Stadtrat den Rücken stärken bei einem Vorhaben, an welchem er schon ist.

Nun zu den Anträgen bei der Abteilung Präsidiales. Zuerst möchte ich mich ganz herzlich bedanken bei Beat Lüthi, der einen steilen Einstieg hatte, und Martin Schlatter für den angenehmen Austausch und die Fragen, die gestellt wurden. Ich möchte nicht zu allen Anträgen etwas sagen, sondern einige Punkte herausgreifen wie das Thema Drucksachen/Publikationen.

Das Anliegen für die verlangten Kürzungen bei den Drucksachen/Publikationen ist grundsätzlich verständlich. Auch der Stadtrat ist sich bewusst, dass wir im Zeitalter der Digitalisierung sind. Amtliche Publikationen müssen im amtlichen Publikationsorgan veröffentlicht werden. Dieses ist derzeit die Zürichsee-Zeitung. Mindestens dieser Teil der Ausgaben ist also zwingend. Um das zu ändern, braucht es, Stand heute, eine Weisung an das Parlament und einen Gemeinderatsbeschluss. So eine Änderung des Publikationsorgans ist keine isolierte Angelegenheit. Zurzeit prüfen wir unsere Informationspolitik, also die Art, wie wir als Organisation auf allen Ebenen kommunizieren, also intern, extern etc. Wir schauen, wie können wir heutzutage Menschen am besten erreichen? Auf was können wir in Zukunft verzichten, weil die Welt sich geändert hat? Was müssen wir unbedingt behalten? Gibt es eventuell auch spezielle Bedürfnisse? Sind vielleicht die Bedürfnisse der älteren Menschen andere als die der jüngeren? Das alles müssen wir anschauen und das braucht einen Moment. Das machen übrigens alle Gemeinden so. Irgendwo in der Schriftlichkeit sind die Gemeinden Langnau und Thalwil zitiert worden. Auch diese streichen nicht einfach Inseratekosten, sondern überlegen es sich ganzheitlich und machen ein neues Konzept.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, die Anträge abzulehnen, den Vorstoss der FDP-/GLP-Fraktion gut zu diskutieren und dann werden wir hoffentlich bald eine neue Situation haben. Aber so, wie die Anträge gestellt wurden, lassen sie sich nicht umsetzen.

Abstimmung über Antrag der GRPK (mit Stimmzählern)

Der Rat stimmt dem Antrag mit 21:14 zu.

Antrag der GRPK

Konto 0150.3102.00 Drucksachen, Publikationen

Eine Mehrheit der GRPK beantragt:

Das Budget auf dem oben genannten Konto wird um CHF 20'000 gekürzt.

Alt: CHF 45'000

Neu: CHF 25'000

Begründung des Antrags

Mitglied der GRPK, André Zürrer, SVP: Der Mehrheitsantrag betrifft auch wieder die Drucksachen und Publikationen und soll um CHF 20'000 gekürzt werden. Anstatt einen Erfahrungswert, wäre es besser, wenn das Ganze optimiert werden könnte.

Abstimmung über Antrag der GRPK (mit Stimmzählern)

Der Rat lehnt den Antrag mit 18:17 ab.

Antrag der GRPK

Konto 0150.3170.00 Reisekosten und Spesen

Die einstimmige GRPK beantragt:

Das Budget auf dem oben genannten Konto wird um CHF 5'000 gekürzt.

Alt: CHF 15'000

Neu: CHF 10'000

(Auf die mündliche Begründung des Antrags wird verzichtet.)

Präsident der GRPK, Christian Gross, SP: Ihr müsst jetzt nicht lachen, dass ich mich bei einem doch eher irrelevanten Antrag zu Wort melde. Mein Votum gilt einer ganzen Reihe von solchen Anträgen, die heute Abend noch kommen. Ich dachte, ich sage es gerade beim ersten Mal.

Ich möchte die FDP gerne beim Wort nehmen. Im Dezember hat eure Fraktionssprecherin Cornelia Dätwyler, die inzwischen zurückgetreten ist, verkündet, wir wären "übrigens schon in der Lage, ein paar dringend notwendige Massnahmen zur Verbesserung der finanziellen Situation aufzuzeigen." Ich habe mich ein paarmal gefragt, was damit wohl gemeint war. Jetzt wissen wir es. Wenn wir die Reisekosten um CHF 5'000 herunter korrigieren, ist natürlich der Schuldenberg von gegen CHF 70.0 Mio. kein Problem mehr. Und jetzt bitte ernsthaft liebe FDP. Ihr habt wiederholt angekündigt, Vorschläge zu haben, wie die Finanzen der Stadt ins Lot gebracht werden sollen, und zwar ohne Steuererhöhung. Heute müssten diese auf den Tisch, sonst wird es langsam aber sicher unglaubwürdig.

Ich habe bei diesem vorliegenden und bei recht vielen folgenden Anträgen das Gefühl, dass hier Anträge gestellt werden, um Anträge zu stellen. Vermutlich werden im laufenden Jahr tatsächlich etwas weniger Reisekosten anfallen. Das passiert aber völlig unabhängig von diesem Antrag. Wir diskutieren hier aber über einen Bereich der Rechnungsunschärfe. Eine politische Veränderung wird mit diesem Antrag und mit zahlreichen weiteren Anträgen, die heute noch auf der Traktandenliste stehen, nicht angestossen. Die SP wird dem vorliegenden Antrag völlig emotionslos zustimmen. Ich möchte aber daran erinnern, dass wir ein politisches Gremium sind und politische Entscheide treffen sollten.

Abstimmung über Antrag der GRPK

Der Rat stimmt dem Antrag grossmehrheitlich zu.

Antrag der GRPK

Konto 0157.4240.00 Benützungsgebühren und Dienstleistungen

Eine Minderheit der GRPK beantragt:

Das Budget auf dem oben genannten Konto wird um CHF 23'100 erhöht.

Alt: CHF 51'900

Neu: CHF 75'000

Begründung des Antrags

Mitglied der GRPK, Beat Lüthi, FDP: Ich mache es kurz. Es geht hier um die Jahresgebühren für Erwachsene, die wir mit CHF 45 pro Person als tief erachten. Dies gilt auch für den Quervergleich mit anderen Gemeinden. Angesichts des tiefen Kostendeckungsgrads der Bibliothek, den ich vorher bereits angesprochen habe, beantragt die Minderheit der GRPK, die Jahresgebühren für Erwachsene zu erhöhen. Das Budget dieses Ertragskontos ist entsprechend von CHF 51'900 auf 75'000 zu erhöhen.

Präsident der GRPK, Christian Gross, SP: Zuerst einmal möchte ich darauf hinweisen, dass wir Ende März haben. Die Stadtbibliothek verkauft im Wesentlichen Jahresabonnemente. Bis eine allfällige Gebührenanpassung durch den Stadtrat beschlossen und In Kraft gesetzt wäre, hätten wohl eine ganze Reihe Bibliotheksnutzer und Bibliotheksnutzerinnen ihr Abo schon zu den bisherigen Preisen erneuert. Ich kann es nicht ganz verheimlichen. Es erfüllt mich mit einer gewissen Schadenfreude, dass der vorliegende Antrag eigentlich unmöglich durchgeführt werden kann, weil genau die Parteien, die den Antrag stellen, das Budget im Dezember zurückgewiesen haben. Oder, einfacher gesagt, es ist zu spät. Man kann nicht Preise von bereits verkauften Jahresabos anpassen.

Neben diesem zeitlichen Problem gibt es aber auch noch ein paar ganz grundsätzliche Punkte, die gegen den Antrag sprechen. Warum haben wir überhaupt eine Stadtbibliothek? Weil die Fähigkeit zu Lesen wichtig ist, weil wir wollen, dass unsere Schülerinnen und Schüler Lesen lernen. Wir wollen, dass die Wädenswiler Bevölkerung ein Buch in die Hand nimmt und Zugang zu Büchern hat. Es gibt Gebühren, die durchaus eine sinnvolle Lenkungsfunction haben, Abfallgebühren zum Beispiel. Da wollen wir, dass die Leute weniger Abfall produzieren. Aber bei einer Bibliothek? Da wollen wir doch, dass möglichst viele Menschen das Angebot nutzen.

Der Antrag ist das Gegenteil von Effizienz. Die Jahresgebühren decken ohnehin nur einen kleinen Bruchteil der Kosten, ob wir diese nun erhöhen oder nicht. Das ändert sich auch nicht, egal, wenn sie von 50% auf 100% erhöht werden. Was sich aber ändert ist, dass sich einige Familien das Abo nicht mehr leisten und die Gebühren nicht mehr bezahlen können.

Dann haben wir im Wesentlichen das gleiche Defizit bei der Stadtbibliothek, aber weniger Menschen, die davon profitieren. Das wäre eine pure Verschwendung. In diesem Sinne wird die SP den Antrag ablehnen.

Stadtpräsident Philipp Kutter: Es ist tatsächlich so, dass der Stadtrat selber prüft, ob die Gebühren der Bibliothek moderat erhöht werden sollen. Im Rahmen der Fragen und Antworten der GRPK haben wir das auch so mitgeteilt. Es ist sicher machbar und angemessen, dass wir eine gewisse Anpassung der Preise machen.

Die Erhöhung, die nun beantragt wird, ist jedoch massiv. Von CHF 45 würden wir ca. auf CHF 70 kommen pro Jahr, wenn ich es richtig ausgerechnet habe. Damit wären wir eine der teuersten Bibliotheken weitherum. Weiter ist noch darauf hinzuweisen, dass die zusätzlichen Einnahmen im Kalenderjahr sehr schwierig umzusetzen sind, der GRPK-Präsident hat dies bereits erläutert. Wir verkaufen viele Jahresabos. Ein Viertel des Jahres ist bereits vorbei und darum ist es so nicht machbar.

Ich lade Sie daher ein, den Antrag abzulehnen und sich im Kopf zu behalten, dass die Bibliothek für alle erschwinglich sein sollte. Eine Bibliothek hat auch eine wichtige soziale Funktion und der Zugang zu Bücher und Medien hat einen gesellschaftlichen Wert. Wir haben eine Bibliothek. Die FDP hatte sich damals sehr stark für eine Bibliothek eingesetzt. Bitte führt euch das vor Augen.

Urs Hauser, EVP: Die öffentlichen Bibliotheken haben einen wichtigen Bildungsauftrag, auch für Menschen im höheren Alter. Dabei stehen sie vor grossen Herausforderungen. Beispielsweise hat ein grosser Teil der Nutzer keine der vier Landessprachen als Muttersprache. Beunruhigend ist auch, dass immer weniger der Teens, also von den Jungen, das Angebot nutzen. Gerade als Kontrapunkt zur virtuell-digitalen Welt, sollen sich Bibliotheken als Ort der analogen Begegnung, des persönlichen Austauschs, des demokratischen Dialogs und des gesellschaftlichen Engagements profilieren, zu „Community Centers“ werden. Mit einer Gebührenerhöhung geben wir ein schlechtes Signal. Neben der Gebührenerhöhung haben wir auch eine Minderung der Leistungen, indem dieses Jahr fast keine neuen Medien eingekauft worden sind. Aus diesen Gründen ist die EVP-Fraktion gegen eine Gebührenerhöhung.

Claudia Bühlmann, Grüne: Das meiste ist bereits gesagt worden. Ich möchte noch darauf hinweisen, dass bereits CHF 45, geschweige dann CHF 70, für gewisse Leute wirklich viel Geld ist. Es gibt diese mit Kulturlegi, aber es gibt auch die ohne Kulturlegi. Diese müssen dann diesen Preis bezahlen und somit werden Leute ausgeschlossen. Die Bibliothek ist, wie Urs Hauser bereits gesagt hat, ein soziokultureller Raum, in dem man sich ohne zu konsumieren aufhalten kann. In der Pandemie gibt es ganz viele Menschen, die alleine sind und sich nicht mehr mit Leuten treffen können und darum vielleicht in einen solchen Raum gehen. Okay, sie könnten auch illegal, ohne Mitglied zu sein, in den Raum gehen, aber ich glaube, dass würden sie sich nicht getrauen. Daher ist es wirklich wichtig, dass die Bibliothek am besten gratis ist oder wirklich wenig kostet. Die Grünen lehnen diesen Antrag auch ab.

Abstimmung über Antrag der GRPK (mit Stimmzählern)

Der Rat lehnt den Antrag mit 18:17 Stimmen ab.

Finanzen und Immobilien (S. 40 bis 49)

Globalbudget Finanzen: Immobilien (S. 268 bis 270)

Mitglied der GRPK, Judith Fürst, SP: Am 4. November 2020 und zusätzlich am 23. Februar 2021 haben im Rahmen des neuen Budgets Marco Kronauer und ich die Abteilung Finanzen und Immobilien besucht. Alle Fragen und kritischen Anmerkungen zum Budget, die von den Fraktionen gekommen sind, sind schon im Voraus schriftlich beantwortet worden und haben während unseres Besuchs im Detail geklärt und besprochen werden können. Wir bedanken uns auf diesem Weg nochmals bei Stadtrat Walter Münch, dem Leiter Finanzen Stefan Müller, der Leiterin Buchhaltung Rita Nigg und dem Leiter Immobilien Frank Wadenpohl für ihre Zeit und den zusätzlichen Einsatz.

Der budgetierte Aufwand der Abteilung Finanzen ohne Immobilien liegt bei rund CHF 4.6 Mio. und liegt somit rund CHF 1.9 Mio. tiefer als im Vorjahr. Die Erträge werden um rund CHF 2.4 Mio. sinken. Letztes Jahr durften wir mit der Jubiläumsdividende der ZKB rechnen. Die fällt dieses Jahr weg. Dafür bezahlt die ZKB mit rund CHF 0.47 Mio. eine einmalige Corona-Sonderdividende aus. Der grosse Einbruch bei den Erträgen finden wir beim Konto Finanzausgleich. Aufgrund von Covid-19 rechnet die Stadt mit rund CHF 7.6 Mio. weniger Ressourcenzuschuss als im Vorjahr. Immerhin rechnet die Stadt mit einer Zunahme der ordentlichen Steuern um rund CHF 4.7 Mio. Es wird angenommen, dass die Bevölkerung weiterhin wächst und darum auch mehr Steuern eingenommen werden. Die Auswirkungen von Covid-19 sind wohl bei den Steuereinnahmen der natürlichen Personen im 2021 noch nicht spürbar. Arbeitslosenentschädigung und Kurzarbeit werden die Einkommenseinbussen der Bevölkerung, die ihre Anstellung verloren hat, noch auffangen.

Ich komme nun zu den Immobilien. Wie im Bericht der GRPK erwähnt, erhöht sich der budgetierte Aufwand um rund CHF 0.2 Mio. gegenüber dem Vorjahr. Bei den Immobilien im Finanzvermögen sinkt der Aufwand um rund CHF 100'000, weil wegen des Notbudgets nicht alle geplanten, aber wichtigen Unterhaltsarbeiten getätigt werden konnten. Ebenfalls sinkt der Ertrag im Finanzvermögen. Verantwortlich sind vor allem einige leerstehende Wohnungen, die teilweise schwierig zu vermieten sind oder zuerst totalsaniert werden müssen. Bei den Immobilien im Verwaltungsvermögen liegt der budgetierte Aufwand um rund CHF 0.3 Mio. über dem Voranschlag des Vorjahrs. Wie ich schon beim letzten Voranschlag und bei der letzten Rechnung erwähnt habe, führt der grössere Schulraum und eine intensivere Nutzung automatisch auch zu mehr Unterhaltsstunden. 2019 sind darum neue Stellen beantragt und auch bewilligt worden. Diese werden Mitte Jahr besetzt. Das Notbudget hat auch dazu geführt, dass werterhaltende Unterhaltsprojekte nicht durchgeführt werden konnten.

Eine der grossen Investitionen ist der Ersatzpavillon auf dem Schulareal Glärnisch mit rund CHF 3.1 Mio. und die provisorische Gympi-Turnhalle in der Au mit CHF 1.7 Mio. Die Kosten

für den Turnhallenbau werden grösstenteils aus der Vermietung an den Kanton refinanziert. CHF 600'000 werden für den Umbau des alten Gemeindehauses Hütten investiert, das im Finanzvermögen ist. Es ist geplant, drei Wohnungen zu bauen, die vermietet werden können. Ein Hinausschieben der Investition hätte weitere Mietzinsausfälle zur Folge. Aufgrund eines Antrags wird die Investition heute Abend aber noch diskutiert. Bei der Sanierung der Kinderkrippe an der Etzelstrasse wird der bewilligte Kredit von CHF 2.0 Mio. bedeutend überschritten. Der Kostenvoranschlag liegt momentan bei CHF 2.5 Mio. Die Stadt hat leider erst bei der Baubewilligung erfahren, dass wegen Brandschutzauflagen die Sanierung um einiges teurer kommt als geplant. Die höheren Investitionen werden durch die künftigen Mieteinnahmen refinanziert. Das belastet zwar die Finanzen der Stadt nicht, aber die Kinderkrippe muss mit einem höheren Mietzins über die nächsten 10 Jahre rechnen. Die GRPK wünscht sich von der Stadt bei künftigen Bauinvestitionen genauere Vorabklärungen.

Allgemein kann man sagen, dass die Stadt bei den Investitionen zurückhaltender ist als auch schon. Aufgrund der momentanen Finanzlage werden nur bereits bewilligte oder dringend notwendige Investitionen getätigt, die nicht aufschiebbar sind. Viele kleinere Investitionen sind zur Entlastung des diesjährigen Budgets auf das nächste Jahr verschoben worden.

Antrag der GRPK

Konto 0201.4604.01 Gewinnbeteiligung der Zürcher Kantonalbank

Die einstimmige GRPK beantragt:

Das Budget auf dem oben genannten Konto wird um CHF 472'000 erhöht.

Alt: CHF 1'900'000

Neu: CHF 2'372'000

(Auf die mündliche Begründung des Antrags wird verzichtet.)

(Keine Wortmeldungen.)

Abstimmung über Antrag der GRPK

Der Rat stimmt dem Antrag grossmehrheitlich zu.

Antrag der GRPK

Konto 0205.3499.01 Übriger Finanzaufwand, Negativzins

Eine Mehrheit der GRPK beantragt:

Das Budget auf dem oben genannten Konto wird um CHF 17'000 erhöht.

Alt: CHF 20'000

Neu: CHF 37'000

(Auf die mündliche Begründung des Antrags wird verzichtet.)

(Keine Wortmeldungen.)

Abstimmung über Antrag der GRPK

Der Rat stimmt dem Antrag grossmehrheitlich zu.

Planen und Bauen (Seite 50 bis 65)

Globalbudgets Planen und Bauen:

Amtliche Vermessung und Werkleitungen (S. 271);

Online-Stadtplan (S. 272);

Strassenwesen inkl. Belagsarbeiten (S. 273);

Abwasseranlagen (S. 274/275);

Öffentlicher Verkehr (S. 276);

Öffentliche Grünanlagen (S. 277);

Friedhofbetrieb (S.278)

Mitglied der GRPK, Eric Schenk, CVP: Ulrich Reiter und ich haben die Abteilung Planen und Bauen besucht. Wir danken Heini Hauser und Rita Newnam für die Beantwortung der Fragen.

Ich möchte gar nicht allzu lang darüber reden. Die Zahlen können dem Bericht und Antrag entnommen werden. Trotzdem möchte ich kurz auf die Investitionsrechnung zurückkommen. Im ursprünglichen Budget 2021 wurden für den Wertunterhalt der Strassen CHF 1.8 Mio. budgetiert. Darin enthalten waren der städtische Anteil von CHF 0.4 Mio. für Projekte an der Oberen Bergstrasse, für den Trottoirausbau und für die Anpassung der Einmündung Chüferstrasse. Dieses Projekt, welches im Frühling 2021 geplant gewesen wäre, konnte aufgrund der Budgetrückweisung nicht realisiert werden. Eine spätere Ausführung dieses Ausbaus ist nicht zweckmässig und würde in den nächsten 10 Jahren vom Kanton kaum bewilligt. Darum wäre es gut, wenn die Investition für die Revitalisierung getätigt wird.

Werke (S. 65 bis 80)

Globalbudgets Werke:

Gas- und Wärmeversorgung (S. 279/280)

Wasserversorgung (S. 281/282)

Entsorgung und Recycling (S. 283/284)

Tankstelle (S. 285)

Energie und Umwelt (S. 286/287)

Mitglied der GRPK, Angelo Minutella, GLP: Ulrich Reiter und ich haben uns mit Ernst Brupbacher, Rolf Baumbach und Monika Salzmann am 28. Oktober 2020 und am 15. Februar 2021 getroffen. Herzlichen Dank für die offenen und konstruktiven Gespräche.

Die Budgetrückweisung hat zur Folge, dass im ersten Quartal 2021 Erneuerungsinvestitionen von rund CHF 500'000 verschoben werden mussten. Die Risikobeiträge von rund CHF 60'000 an die Stadt sind im neuen Budgetentwurf erhöht worden. Aus Sicht der GRPK ist es nicht ganz ersichtlich, welches Risiko hier abgegolten wird und wie die konkrete Höhe der Zahlung zustande gekommen ist. Ansonsten gibt es keine Veränderungen in der Erfolgsrechnung gegenüber dem Entwurf des Herbst-Budgets 2021.

Weiterhin wartet die GRPK auf die Weisung über die Verselbständigung der Werke, die auf Ende des letzten Jahrs in Aussicht gestellt wurde. Wir nehmen zur Kenntnis, dass nach dem Vorliegen des ersten Konzepts im Mai 2020 eine Zweitmeinung in Auftrag gegeben wurde. Das Resultat wird spätestens im 2. Quartal 2021 erwartet. Die GRPK möchte ausdrücklich um die Fertigstellung der Weisung bitten, damit die politische Diskussion gestartet werden kann.

**** 10 Minuten Pause ****

Sicherheit und Gesundheit (S. 80 bis 98)

Globalbudgets Sicherheit und Gesundheit:

Stadtpolizei (S. 288/289)

Bäder (S. 290/291)

Mitglied der GRPK, André Zürrer, SVP: Am Dienstag, 16. Februar 2021 konnten Beat Lüthi und ich die Abteilung Sicherheit und Gesundheit das zweite Mal besuchen und unsere Fragen wurden durch Stadtrat Jonas Erni und Abteilungsleiter Sebastian Epp kompetent beantwortet. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle nochmals herzlich bedanken, umso mehr als dies trotz Ferien und Corona möglich war. Sebastian Epp war beim Skifahren.

Wie Sie aus dem Bericht entnehmen können, konnte mit der zweiten Budgetrunde eine Einsparung von ca. CHF 0.9 Mio. erreicht werden. Dies ist nicht wegen des Notbudgets oder der Rückweisung passiert, sondern wegen Corona und den Verzögerungen am Umbau der Bretterbadi.

Geschätzter Stadtrat Jonas, ich gehe davon aus, dass auch du gerne mit deiner Familie baden gehst. Es ist wahrscheinlich nicht konstruktiv, wenn eine Entscheidung emotional und frustriert gefällt wird und somit die Badi nach dem Lockdown den ganzen Sommer geschlossen bleibt. Das bestraft nur die Bevölkerung und nicht diejenigen, die das Budget zurückgewiesen haben. Wädenswil möchte nach dem Lockdown gerne wieder die Freizeit geniessen.

Die folgenden Anträge sind vielleicht nicht immer SVP-like. Das haben wir heute Abend bereits gehört. Aber die SVP-Fraktion hat mit den anderen bürgerlichen Parteien sehr viel Zeit investiert und eine Reihe von Anträgen erstellt, um den Finanzhaushalt unserer Stadt zu optimieren. Es wird nicht einfach werden und es wird ein langer Weg sein. Wir von der SVP-Fraktion möchten jedoch zeigen, dass wir bereit sind, gemeinsam für unsere Stadt konstruktiv zu arbeiten und miteinander Lösungen zu suchen.

Antrag der GRPK

Konto 061, Stadtpolizei (Globalkredit)

Eine Mehrheit der GRPK beantragt:

Das Budget (Ertrag) auf dem oben genannten Konto wird um CHF 471'440 erhöht.

Alt: CHF 2'607'200

Neu: CHF 3'078'640

(Die GRPK formulierte Empfehlungen im Bericht und Antrag. Die Empfehlungen werden nicht nochmals vorgelesen. Es wird davon ausgegangen, dass ein Teil in der kommenden Begründung nochmals erwähnt wird.)

Begründung des Antrags

Mitglied der GRPK, André Zürrer, SVP: Eigentlich gehört es nicht zur SVP, Gebühren zu erhöhen. Die Parkplatzkosten sollen etwas erhöht werden, da im Vergleich mit anderen Gemeinden noch viel Luft nach oben besteht. Das Gleiche gilt für die Hundesteuer. Diese soll um CHF 20 pro Jahr erhöht werden.

Mitglied der GRPK, Ulrich Reiter, Grüne: Christian Gross hat es bereits angesprochen, gewisse Gebühren haben eine Lenkungswirkung. In diesem Fall begrüssen die Grünen die empfohlene Gebührenerhöhung bei den Parkplätzen. Der Stadtrat spricht in seiner Antwort das Gewerbe an, das von tieferen Gebühren profitieren würde. Man weiss jedoch aus verschiedenen Beispielen aus verschiedenen Städten, dass ein reduziertes Verkehrsaufkommen positive Auswirkungen auf das Gewerbe hat. Vielleicht kann mit den zusätzlichen Erträgen in ein neues Verkehrskonzept investiert werden, um eine zusätzliche Wirkung zu erzielen. Kurz gesagt, wir unterstützen den Antrag zur Erhöhung des Globalkredits.

Stadtrat Sicherheit und Gesundheit Jonas Erni: Die Festsetzung des Gebührentarifs fällt in die Kompetenz des Stadtrats. Daran gibt es nichts zu rütteln. Trotzdem möchte ich noch einige Worte zum Antrag verlieren. Der Stadtrat ist der Meinung, dass die bisher erfolgten

Gebührenanpassungen in den beantragten Bereichen ausreichend sind. Gerade in der aktuellen Situation, in der das Kleingewerbe im Zentrum durch die bestehenden Einschränkungen arg gebeutelt ist, wäre eine zusätzliche Erhöhung nicht der richtige Weg. Gleichzeitig sind wir bei der epischen Diskussion, wie denn das Gemeinwesen Einnahmen generieren soll. Sind das Steuern? Das wäre das dann das Team Robin Hood. Man nimmt von den Vermögenden und profitieren tun alle. Oder durch Gebühren? Das wäre dann eher Team Sheriff of Nottingham, man nimmt es von allen.

Wie Sie sich entscheiden, werden wir erst am Ende der Ratssitzung mit der Festsetzung des Steuerfusses wissen. Klar ist aber bereits jetzt für die, die den Film gesehen haben, die Sympathien in der Bevölkerung sind klar verteilt.

Joël Utiger, CVP: Die CVP-Fraktion wird den Antrag ablehnen. Wir würden die Erhöhung der Hundegebühr unterstützen. Das ist im Vergleich mit anderen Gemeinden vertretbar. Auch die Gebührenerhöhung für das Nachtparkieren würde unsere Unterstützung finden. Die Tarife sind relativ niedrig. So parkieren auch immer mehr Gewerbeautos in den Quartieren. Die grundsätzliche Tarifierhöhung für die Parkplätze findet unsere Unterstützung jedoch nicht. Das Lädeli-Sterbe ist allen bekannt und wurde aufgrund von Corona noch verstärkt. Es ist uns klar, dass wir nur über wenige Rappen pro Stunde sprechen. Jedoch sind es genau die Rahmenbedingungen, die zum Lädeli-Sterbe beitragen. So möchten wir nicht jetzt, wo langsam wieder ein normales Einkaufen möglich ist, dem Gewerbe nochmals neue Steine in den Weg legen. Ausserdem hat der Stadtrat erst im 2020 eine Gebührenerhöhung beschlossen, die noch nicht einmal umgesetzt wurde. Sofern der Antrag abgelehnt wird, wären wir gerne dazu bereit, einen Vorstoss zu lancieren, der nur den Nachttarif sowie die Hundegebühr betreffen.

Daniel Willi, SP: Der Antrag geht in die richtige Richtung. Heute hat fast jede und jeder von uns ein Auto. Wir leisten uns diesen unsinnigen Luxus. Bald werden es im Kanton Zürich über eine Million Autos sein. Die Anzahl Zahlen auf den Nummernschildern reichen bald nicht mehr aus um sie zu zählen.

Unsere Lebensräume, insbesondere unsere Zentren, sind nicht auf diesen Druck konzipiert worden. Autos brauchen viel Platz, auf und neben der Strasse. Diese Flächen müssen baulich und betrieblich unterhalten werden. Im Sinne der Kostenwahrheit und des Verursacherprinzips ist es richtig, dass wir Autofahrer, ich gehöre auch zu diesen, stärker zu Kasse gebeten werden. Wir müssen unsere Zentren aufwerten. Wir sind mit dem Velo da, nun auch mit der SVP, aber leider noch nicht mit dem Stadtrat. Ich bin aber überzeugt, dass wir das auch noch erreichen, weil wir das Lädeli-Sterbe verhindern wollen. Wir glauben nämlich, dass wir den ÖV und den Veloverkehr stärken müssen, damit unsere Lebensräume von der Flut der Autos entlastet werden. Die S(V)P-Fraktion unterstützt den Antrag.

Abstimmung über Antrag der GRPK

Der Rat stimmt dem Antrag grossmehrheitlich zu.

Antrag der CVP-Fraktion

Konto 0651.3130.03 Spitexbeiträge mit Leistungsvereinbarung

Das Budget auf dem oben genannten Konto wird um CHF 25'000 erhöht.

Alt: CHF 1'170'000

Neu: CHF 1'195'000

Joël Utiger, CVP: Aus zeitlichen Gründen verzichte ich auf eine lange Begründung unseres Antrags. Ich habe letztes Mal beim Postulat hoffentlich bereits genügend Argumente aufzeigen können, weshalb die Nachtspitex von zentraler Bedeutung ist und durch den Beitrag Kosten in vielen anderen Bereichen eingespart werden können. Im Budget beantragen wir eine Summe von CHF 25'000. Dieser Betrag wurde ungefähr im Jahr 2019 für die Nachtspitex benötigt. Es ist aber klar, dass dieser Fixbetrag nicht als Kostendach festgelegt werden kann.

Stadtrat Sicherheit und Gesundheit Jonas Erni: Der Stadtrat und der Gemeinderat verfolgen die gleichen Ziele. Wir wollen eine funktionierende und starke ambulante Pflegeversorgung. So ist die Nachtspitex durchaus im Sinne des Stadtrats. Dazumal mussten wir die Notbremse ziehen, als sich abzeichnete, dass das Budget zurückgewiesen wird. Entsprechend bitten wir Sie, zuerst die Antwort des Postulats abzuwarten. Ich kann Ihnen aber bereits sagen, dass der Stadtrat beschlossen hat, eine Arbeitsgruppe festzusetzen, die sich um das Thema kümmern wird und die ganze ambulante Pflegeversorgung detailliert anschaut um alle Möglichkeiten auszuloten.

An dieser Stelle muss ich trotzdem nochmals etwas sagen, obwohl es bereits an der letzten Budgetsitzung erwähnt worden ist. Es ist doch sehr schwierig, wenn einerseits Einsparungen gefordert werden, eine Steuerfusserhöhung nicht akzeptiert wird und nachher gleichzeitig partikulär von verschiedenen Parteien, die gegen eine Steuerfusserhöhung und für die Rückweisung waren, in einzelnen Bereichen Mehrausgaben verlangt und beschlossen werden. Das bedeutet schlussendlich nur, die Zeche bezahlen die zukünftigen Generationen. Daher bitten wir Sie, zuerst unseren Entscheid abzuwarten. Aber wie gesagt, inhaltlich sind wir, was Gemeinderat und Stadtrat anbelangt, gleicher Meinung.

Abstimmung über Antrag der CVP-Fraktion (mit Stimmzählern)

Der Rat stimmt dem Antrag mit 20:13 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu.

Gemeinderatspräsident Ernst Grand: Jetzt wird es sportlich. Wir kommen nun zu drei gleichgestellten Anträgen, über die wir im Cup-System abstimmen werden müssen. Zuerst werden wir alle Anträge und Begründungen nacheinander hören und am Schluss werden wir sie zur Abstimmung bringen.

Antrag der GRPK

Konto 066, Bäder (Globalkredit)

Eine Minderheit der GRPK beantragt:

Das Budget auf dem oben genannten Konto wird um CHF 38'300 erhöht.

Alt: CHF 2'172'763

Neu: CHF 2'211'063

(Die Empfehlungen, die nicht bindend sind, findet man im Detail im Bericht und Antrag. Diese werden nicht nochmals vorgelesen.)

Begründung des Antrags

Mitglied der GRPK, André Zürrer, SVP: Entgegen der Aussage des Stadtpräsidenten habe ich die Bestätigung erhalten, dass es möglich ist, die Bretterbadi zu öffnen. Gemäss Aussage von Stadtrat Jonas Erni kostet dies ca. CHF 80'000. Eine Minderheit der GRPK wünscht sich, dass nach dem Lockdown die Badi geöffnet wird, vielleicht nicht zum vollen Betrag, da es ein paar Kürzungen drin hat, die ich bereits erwähnt habe. Wir empfehlen auch, wenn möglich einen Einritt zu verlangen. Durch Corona wird es sehr wahrscheinlich gar nicht möglich sein, den ganzen Sommer offen zu haben. Man muss die Badi sicher einen Monat früher zumachen, was bedeutet, dass die Kosten zurückgehen werden. Vom ganzen Bäderkonto empfiehlt es sich, dass künftig die Saunalandschaft angeschaut und diese allenfalls einer Betreibergesellschaft übergeben wird.

Mitglied der GRPK, Martin Schlatter, EVP: Die EVP betrachtet es als wichtig, dass die Bretterbadi im 2022 geöffnet werden kann. Damit wir Klarheit haben, möchte ich Jonas Erni fragen, ob die Schliessung im 2021 ein Muss ist, damit die Bretterbadi im 2022 geöffnet werden kann oder ob es sich eher um eine Sparmassnahme handelt.

Stadtpräsident Philipp Kutter: Ich bin auserkoren worden, um etwas zur Bretterbadi zu sagen, da ich in meiner Jugend den halben Sommer beim Fangis in der Bretterbadi verbracht habe. Nicht nur die Abteilung Sicherheit und Gesundheit, sondern auch die Baukommission Seebad und der Stadtrat haben sich mit dieser Frage befasst, ob die Bretterbadi im 2021 geöffnet werden kann oder nicht. Die Antwort lautet ganz präzis: Es ist theoretisch möglich, aber es ist nicht klug. Sie handeln sich damit ein Zusammenquetschen des Umbaus und des Fahrplans aus. Wenn die Bretterbadi im 2021 geöffnet wird, hat das zur Folge, dass in den Monaten Januar und Februar parallel dazu viele Arbeiten in der Bretterbadi noch erledigt werden müssen. In dieser Zeit muss noch der Baumeister arbeiten, es müssen Einbauten gemacht werden und Sie wissen, was für Temperaturen und welches Wetter wir in diesem Januar hatten. Wenn dies ähnlich sein wird und wir wieder einen solchen Winter haben, wird dies unseren ganzen Fahrplan über den Haufen werfen und wir hätten Verzögerungen, Mehrkosten und einen nicht gesicherten Öffnungstermin im 2022. Geschätzte Damen und Herren, das ist es einfach nicht wert. Wir wollen CHF 2.0 Mio. in die Bretterbadi investieren. Bei dieser Gelegenheit soll sie aufgewertet werden, damit sie so attraktiv wird, wie noch nie. Das einzige, das wir hergeben müssen, ist der Sommer 2021, damit der Baumeister arbeiten kann, bevor die kalte Zeit beginnt. Dann gibt es eine Pause und danach kommen die

Einbauten. Ich habe den Zeitplan da und ich kann Ihnen diesen zeigen, den Zusammengequetschten und den, bei dem wir uns alle wohlfühlen. Ein solcher Umbau von CHF 2.0 Mio. bei einem denkmalgeschützten Objekt braucht einfach gewisse Toleranzen. Sonst ist es ein Himmelfahrtskommando und Sie hätten zwar einen oder zwei Monate im Sommer 2021. Jedoch wissen wir im Moment ja noch nicht, wann wir wieder öffnen können. Früher schliessen sollen wir sowieso, haben wir gehört. Wir haben dann einen Monat oder zwei Monate in der Bretterbadi, ein "Gehäu" auf der Baustelle und am Schluss noch Mehrkosten.

Meine Damen und Herren, ich schaue vor allem die SVP an. Diese sagt jeweils, wir sollen Geld sparen und ihr seid nicht einmal bereit, einen Sommer lang auf die Bretterbadi zu verzichten. Man kann ja auch links und rechts davon hineinspringen, das ist kein Problem. Ich muss euch wirklich sagen, das ist kein kluger Antrag und ich muss Ihnen leider mitteilen, dass ihr uns das Geld geben könnt, aber ihr könnt uns nicht verpflichten, die Bretterbadi zu öffnen. Stand heute bleibt die Bretterbadi geschlossen, egal was heute Abend entschieden wird.

Mitglied der GRPK, Marco Kronauer, SVP: Entschuldigung Philipp, das war gerade falsch, was du gesagt hast. Der Antrag ist nicht von der SVP, sondern stammt von André Zürrer.

Stadtpräsident Philipp Kutter: Ich entschuldige mich bei Marco Kronauer.

Antrag der GRPK

Konto 066, Bäder (Globalkredit)

Eine Minderheit der GRPK beantragt:

Das Budget auf dem oben genannten Konto wird um CHF 80'000 erhöht.

Alt: CHF 2'172'763

Neu: CHF 2'252'763

(Zu den Empfehlungen wird wieder auf den Bericht und Antrag verwiesen.)

Begründung des Antrags

Präsident der GRPK, Christian Gross, SP: Eine funktionierende Bretterbadi abzuschliessen, um etwas Geld zu sparen, ist Irrsinn. Ja, wir können über die grundsätzliche Notwendigkeit der Bretterbadi diskutieren und ich und die meisten von euch wären bereit, diese zu verteidigen. Aber selbst wenn eine Mehrheit findet, dass wir keine Bretterbadi wollen, dann macht es doch keinen Sinn, ein grundsätzlich funktionsfähiges Gebäude einfach abzuschliessen.

Zur Flexibilität. Diese hat der Stadtrat natürlich trotzdem. Wenn sich abzeichnet, dass schon im August gebaut werden kann, wenn ihr im Juli bauen möchtet, macht das und dann endet die Saison halt vorzeitig. Aber das ganze Jahr zu schliessen, nur weil man im Spätsommer dann bauen will, macht doch keinen Sinn.

Die SP wird beide Anträge zur Offenhaltung der Bretterbadi unterstützten. Wir sind skeptisch, ob die von André Zürrer erwähnten Einsparungen in seiner Begründung realistisch sind. Darum haben wir noch den Antrag auf die volle Erhöhung gestellt. Wir möchten den Stadtrat anhalten, alles zu tun, um die Bretterbadi zumindest in diesen Monaten, in denen es möglich ist, offen zu halten und sie nicht komplett zu schliessen.

Stadtpräsident Philipp Kutter: Ich habe noch ein bisschen Feuer, weil ich auch einmal Vorsteher der Abteilung Sicherheit und Gesundheit gewesen bin. Zwei Bemerkungen: Gemäss aktuellem Fahrplan ist der Baustart Mitte Juli vorgesehen. Viel bleibt nicht mehr übrig. Weiter wurde der Antrag gestellt, Eintritt zu verlangen. Das haben wir nach dem Umbau auch im Sinn. Zuerst müssen wir die technischen Voraussetzungen schaffen, wie ein Drehkreuz, damit Eintritt erhoben werden kann. Wenn wir diesen Sommer Eintritt erheben möchten, muss das mit zusätzlichem Personal gemacht werden und die CHF 80'000 reichen nicht und das Ergebnis ist negativ.

Gabi Bachmann, EVP: Das ist jetzt ein ganz spontanes Votum. Lieber Philipp, ich habe Zuhause junge Leute, die die Bretterbadi häufig nutzen. Sie konnten sie schon lange nicht mehr nutzen und freuen sich sehr, wenn es wieder geht, sobald man wieder darf. Dann wäre es dann soweit und dann ist sie zu. Ich stimme hier wirklich für die Bretterbadi, um den jungen Leuten zu zeigen, dass wir an sie denken und ihre Bedürfnisse kennen. Wir möchten die Bretterbadi gerne haben. Egal was ihr dann tut, ich habe dafür gestimmt.

Claudia Bühlmann, Grüne: Ich mache auch ein spontanes Votum. Philipp, ich finde es wichtig, dass der Bau stattfinden kann. Ich sehe es auch nicht ganz, warum du von zwei Monaten sprichst, dafür müsste ich die Zahlen genau sehen. Ich will einfach sagen, die Jungen, ich habe auch solche zu Hause, schauen jetzt bereits, ob die Fahne wieder hängt. Es ist einfach wichtig, dass sie baden gehen können. Wenn man sich an die Öffnung des Seegüetlis erinnert, wie es nach der letzten Öffnung ausgesehen hat, möchte man einen solchen Zustand nicht mehr. Auch wenn es nur für einen oder eineinhalb Monate ist, an denen die Bretterbadi offen sein kann, um die anderen Badestrände ein bisschen zu entlasten, wäre dies super. Darum bin ich dafür.

Mitglied der GRPK, André Zürrer, SVP: Geschätzter Philipp, ich bin überzeugt, dass ihr das flexibel lösen und mit Innovationen die Bretterbadi öffnen könnt. Zwischendurch gibt es auch Regentage, an denen gearbeitet werden kann oder so. Ich sehe keinen Grund, warum die Bretterbadi geschlossen bleiben muss.

Antrag der GRPK

Konto 066, Bäder (Globalkredit)

Eine Minderheit der GRPK beantragt:

Das Budget auf dem oben genannten Konto wird um CHF 9'700 gekürzt.

Alt: CHF 2'172'763

Neu: CHF 2'163'063

(Die Empfehlungen findet man wieder im Bericht und Antrag.)

Begründung des Antrags

Mitglied der GRPK, Eric Schenk, CVP: Ich will nicht mehr allzu viel dazu sagen. Ich gehöre aber auch noch zu den Jüngeren. Ob die Bretterbadi diesen Sommer nun offen ist oder nicht, ist glaube ich ziemlich irrelevant. Lieber bleibt sie diesen Sommer geschlossen, da wir sowieso nicht wissen, ob wir überhaupt aufmachen können, falls es Lockerungen gibt, man weiss aber nicht, wie die Situation sein wird. Zum Baden gibt es in Wädenswil oder in der Au auch andere Orte. Ich glaube nicht, dass die Bretterbadi so essentiell für die Jungen und auch der Älteren ist. Sie können ja sonst irgendwo baden gehen.

Gemeinderatspräsident Ernst Grand: Wir haben den Antrag des Stadtrats und drei Gegenanträge. Alle sind gleichgeordnet. Wir stimmen nun über vier Anträge gleichzeitig ab, jeder hat nur eine Stimme.

Abstimmung über die Anträge (mit Stimmzählern)

Der Minderheitsantrag der GRPK, den Globalkredit um CHF 9'700 zu kürzen hat mit 19 Stimmen bereits bei der ersten Abstimmung das absolute Mehr erreicht und damit obsiegt.

(Der Minderheitsantrag Erhöhung um 38'300 hat 2 Stimmen, der Minderheitsantrag Erhöhung um 80'000 hat 10 Stimmen und jener des Stadtrats hat 4 Stimmen.)

Schule und Jugend (S. 98 bis 115)

Globalbudget Schule und Jugend:
Soziokultur (S. 292 – 294)

Mitglied der GRPK, Ulrich Reiter, Grüne: Am 16. Februar 2021 besuchten Angelo Minutella und ich die Abteilung Schule und Jugend. Alexia Bischof, Miriam Meyer sowie Aurel Greter beantworteten die neuen Fragen der GRPK ausführlich. Dafür bedanke ich mich im Namen der GRPK.

Wie dem schriftlichen Bericht entnommen werden kann, beträgt der Nettoaufwand der Abteilung Schule und Jugend im überarbeiteten Budget CHF 40.4 Mio. für das Jahr 2021. Er liegt damit weiterhin knapp 1% höher als im Budget 2020. Reduzierte Aufwendungen von CHF 0.6 Mio. wurden gegenüber dem ersten Entwurf erreicht. Dies mehrheitlich durch verschobene Personalanstellungen und reduzierte Materialbeschaffung. Es muss festgehalten werden, dass es sich bei den reduzierten Stellen um dringend nötige Stellen handelt. Diese werden im kommenden Jahr wieder budgetiert, also ist es eine Verschiebung der Ausgaben. Aufgrund der knappen Überarbeitungszeit von drei Monaten für den Budgetentwurf und der laufenden Leistungsüberprüfung der Schule sind keine wesentlichen Einsparungen bzw.

Mehrerträge bei der Überarbeitung im Budget eingestellt worden. Bei der teilweisen Erhöhung der geforderten Kostendeckungsbeiträge für die Tagesschule zeigt sich die Schwierigkeit bei der periodischen Abgrenzung, da Verträge für ein Schuljahr abgeschlossen werden. Hier haben wir immer das Problem, dass mit dem Budget andere Zahlen gültig sind als Mitte Jahr, wenn das neue Schuljahr startet.

Trotz der vielen Gespräche und Fragen und Antworten zwischen der GRPK und der Abteilung Schule und Jugend verringerte sich die Unsicherheiten bezüglich den effektiven oder nur vermeintlichen Kostensteigerungen bzw. der absoluten Kosten pro Schülerin oder Schüler nicht. Man konnte es der Presse entnehmen, die Diskussionen sind hin und her gegangen. Die der GRPK zur Verfügung stehenden statistischen Mittel und Analysen sind nur sehr begrenzt tauglich, um verlässliche Aussagen abzuleiten und um zu verhindern, dass Äpfel mit Birnen verglichen werden. Die von Martin Schlatter eingereichten Korrekturen beim Statistischen Amt des Kantons Zürich zeigen die Problematik eindrücklich. Umso bedauerlich ist es, dass sich die für 2020 angesetzte Schulanalyse aus verschiedenen Gründen weiterhin verzögert und die Ergebnisse der Leistungsüberprüfung frühestens im Sommer 2021 zur Verfügung stehen. Die bereits kommunizierten Veränderungen und die Reaktionen darauf zeigen eindrücklich, dass ein hoher Abklärungsbedarf besteht, um verlässliche Kennzahlen bereitzustellen. In der neuerlichen Diskussion im Februar 2021 mit der Abteilung Schule und Jugend ist über die allgemeinen Themen weiter klargeworden, dass bei der Digitalisierung des Betriebs sehr viel mehr gemacht werden muss, was entsprechend zusätzliche Investitionen benötigt. Das heisst, auch da werden zusätzliche Investitionen in den nächsten Jahren auf uns zukommen. Zu den spezifischen Anträgen der Schule und Jugend verweise ich auf den ausführlichen Bericht und Antrag.

Antrag der GRPK

Konto 0712.3102.00 Drucksachen, Publikationen Schulverwaltung

Eine Mehrheit der GRPK beantragt:

Das Budget auf dem oben erwähnten Konto wird um CHF 5'000 gekürzt.

Alt: CHF 10'000

Neu: CHF 5'000

(Auf die mündliche Begründung des Antrags wird verzichtet.)

(Keine Wortmeldungen.)

Abstimmung über Antrag der GRPK (mit Stimmenzählern)

Der Rat stimmt 17:17 Stimmen bei einer Enthaltung. Der Ratspräsident stimmte für den Antrag.

Damit ist der Antrag mit Stichentscheid des Präsidenten angenommen (Art. 35 Abs. 4 Reglement Gemeinderat).

Antrag der GRPK

Konto 0717.3130.00 Dienstleistung Dritter

Eine Minderheit der GRPK beantragt:

Das Budget auf dem oben genannten Konto wird um CHF 60'000 gekürzt.

Alt: CHF 60'000

Neu: CHF 0

(Auf die mündliche Begründung des Antrags wird verzichtet.)

Präsident der GRPK, Christian Gross, SP: Ich bin etwas überrascht, dass zu einem solch substanziellen Kürzungsantrag nicht mal eine mündliche Begründung vorgebracht wird. Über CHF 100'000 sollen bei einer Stelle einfach weggestrichen werden und man sagt nicht einmal warum? Zivis sind doch mit Abstand unsere billigsten Arbeitskräfte, die wir in der Schule bekommen. Natürlich sind es nicht ausgebildete Lehrpersonen. Trotzdem können sie eine breite Palette von Arbeiten in unserer Schule übernehmen und so die Lehrpersonen massiv entlasten. Wer soll das machen, wenn die Zivis weggestrichen werden? Assistenzen? Die kosten dann aber mehr. Lehrpersonen über ihre Überstunden? Das kostet noch mehr. Der Antrag ist mir darum ein wenig schleierhaft. Zivis sind eine wertvolle Unterstützung für unsere Schule, die wir dankbar annehmen und nicht kürzen sollen. Dies betrifft beide Anträge zu den entsprechenden Konten.

Stadträtin Schule und Jugend Alexia Bischof: Der Beitrag ist ehrlich gesagt sehr wertvoll. Dank diesen Einsätzen können wir die eine oder andere schwierige Situation in einer Klasse entschärfen und sogar Assistenzstunden sparen. Es sind interessierte junge Leute, die nach einem Einsatz in Wädenswil sogar einen Beruf im Schulwesen ansteuern. Eine Minderheit der GRPK beantragt die komplette Streichung unserer Zivis, was zum heutigen Zeitpunkt gar nicht möglich ist. Wir müssen euch mitteilen, dass die CHF 115'000 mit Ersatzlösungen nie reichen würden. Danke für die Ablehnung der nicht nachhaltigen Einsparung.

Sonja Knecht, CVP: Da ich selber Kinder im Schul- bzw. Kindergartenalter habe, bekomme ich immer wieder mit, wo die Zivis überall eingesetzt werden. Momentan zum Beispiel sind die Elternturnbeteiligungen im Kindergarten wegen Corona einfach nicht möglich. Damit der geplante Turnunterricht trotzdem stattfinden kann, helfen Zivis mit. Das ist eine günstige und wertvolle Unterstützung für die Lehrperson. Darum sind wir für den Budgetposten der Zivis und natürlich auch für die Spesenübernahme.

Claudia Bühlmann, Grüne: Zivildienstleistende sind wohl unbestritten die günstigsten Mitarbeiter. Der Name sagt es, sie sollen der Zivilgesellschaft oder Allgemeinheit dienen. Das ist ihr Zweck. Ich verstehe nicht, weshalb die Stadt Wädenswil auf diese Hilfe verzichten soll. Zivis sind flexibel und vielseitig einsetzbar. Es sind junge Männer, die hoch motiviert Lehrpersonen, Mitarbeitende der Betreuung oder Schulsozialarbeitende unterstützen und entlasten. Sei dies als Begleitung auf dem Weg ins Hallenbad oder wie Sonja Knecht gesagt hat, beim Turnen, Klassenassistenz, Ausflüge in den Wald, Assistenz bei Sozialtrainings,

Prävention wohlgermerkt oder Aufsichtsaufgaben in der Pause oder Hilfe bei den Hausaufgaben. Die Koordination hat die Schulleitung. Zivis können in der ganzen Schuleinheit eingesetzt oder sogar unter den Schuleinheiten ausgetauscht werden. Es ist wirklich eine Hilfe für alle, da sie dort eingesetzt werden können, wo man sie braucht. Es wäre wirklich blöd, auf sie zu verzichten. In diesem Sinne lehnen wir diesen Antrag ab.

Abstimmung über Antrag der GRPK (mit Stimmenzählern)

Der Rat lehnt den Antrag mit 19:16 Stimmen ab.

Antrag der GRPK

Konto 0717.3170.00 Reisekosten und Spesen

Eine Minderheit der GRPK beantragt:

Das Budget auf dem oben genannten Konto wird um CHF 55'000 gekürzt.

Alt: CHF 55'000

Neu: CHF 0

(Auf die mündliche Begründung des Antrags wird verzichtet.)

Stadträtin Schule und Jugend Alexia Bischof: Der vorherige und dieser Antrag gehören eigentlich zusammen. Wir können gar nicht den einen die Spesen nicht geben. Im ganzen Lohnsystem ist es einfach auf zwei Konten.

Abstimmung über Antrag der GRPK

Der Rat lehnt den Antrag mehrheitlich ab.

Antrag der GRPK

Konto 0719.3636.00 Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck

Die einstimmige GRPK beantragt:

Das Budget auf dem oben genannten Konto wird um CHF 50'000 gekürzt.

Alt: CHF 95'000

Neu: CHF 45'000

Mitglied der GRPK, Angelo Minutella, GLP: Es ist immer wieder erstaunlich, welche Rechnungen ohne zu hinterfragen bezahlt werden, da es bereits jahrelang so praktiziert worden ist. Es betrifft den Verein Samowar und das ist seit 2012 so. Um es in aller Deutlichkeit zu sagen, geht es hier nicht um einen Kürzungsantrag, sondern um eine verursachergerechte Abrechnung. Der grössere Teil der Samowar-Leistung wird bei den Schülern der OSW erbracht und soll entsprechend dort belastet werden, damit unser Budget entlastet wird.

Stadträtin Schule und Jugend Alexia Bischof: Die Primarschule versteht den Einwand, dass die Präventionsarbeit, die wir bei Samowar einkaufen, genauer angeschaut werden muss. Das was Samowar macht, kann nicht einfach bei der Soziokultur erledigt werden. Dazu braucht es anderes Personal, nämlich solches, das Psychologie studiert hat. Ein kleiner Teil wäre vielleicht in unserer Dienststelle möglich, aber auch da benötigt es zusätzliche Ressourcen. Der Anteil, den Wädenswil bezahlen muss, ist seit Jahren bei der Primarschule, obwohl es für alle möglichen Jugendlichen und auch Erwachsenen ist. Ich empfehle, dass der Beitrag im 2021 nochmals bei uns gelassen wird. Auf das neue Budget soll mit der OSW und der Abteilung Sicherheit und Gesundheit der Kostenverteiler verhandelt werden. Es gibt nämlich auch Gymischüler und ganz viele andere Leute, die davon profitieren. Darum möchten wir das zusammen in einer kleinen Gruppe anschauen. Darum bitte ich um Ablehnung dieses Kürzungsantrags.

Claudia Bühlmann, Grüne: Mich irritiert es ein wenig, dass ihr dies nicht bereits dieses Jahr mit der OSW aushandeln möchtet. Grundsätzlich finde ich es super, dass herausgefunden worden ist, dass wir zu viel an Samowar bezahlen. Ich finde es wichtig, dass dies aufgeteilt wird. Ich finde es aber genauso wichtig, dass die Dienstleistungen, die wir dort beziehen bzw. beziehen können, jedem offenstehen, ob es Familien, Jugendliche oder Erwachsene mit Suchtproblemen sind. Das soll auch weiterhin so bleiben und nicht an die Soziokultur übergehen. Wenn die Soziokultur etwas machen kann, ist das gut und ich gehe davon aus, dass bereits etwas gemacht wird. Aber Samowar bietet wirklich wichtige Dienstleistungen an, die unbedingt beibehalten werden müssen. Ich fände es aber gut, wenn das bereits in diesem Jahr mit der OSW ausgehandelt werden kann. Die OSW hat ja ein Steuerprozent mehr und sie wäre darum vielleicht auch bereit, uns dies zuzugestehen.

Sonja Knecht, CVP: Eine Weiterverrechnung an die OSW scheint für alle prüfenswert. Einfach eine Kürzung jetzt zu beantragen, ist gerade jetzt fatal, da die Jugendlichen unter Einsamkeit und Zukunftsangst besonders leiden. Es wäre ein falsches Signal. Die Dienstleistung kann ausserdem, wir haben es bereits vorher gehört, nicht einfach von der Soziokultur erbracht werden. Die Soziokultur hat keine Psychologen, die die Jugend- und Suchtberatung anbieten können. Also bitte zuerst prüfen.

Stadträtin Schule und Jugend Alexia Bischof: Die Rechnung ist eine von vielen, die bereits bezahlt ist. Klar könnten wir das irgendjemandem weiterverrechnen, aber ich möchte, dass alles fair aufgeteilt wird. Auch eine OSW hat ihr Budget doch gemacht. Ich habe es jetzt nicht auswendig im Kopf, ob es CHF 50'000 oder 45'000 sind, die ihr wollt. Ich will über den Kostenverteiler diskutieren. Auch bei der Abteilung Sicherheit und Gesundheit gibt es einen Posten Prävention. Die Primarschule ist der kleinste Nutzer des Ganzen. Es geht mir darum, alles sauber zu klären und zu verhandeln. Bald geht die Budgetdebatte für nächstes

Jahr wieder los. Wir können es seriös dort reintun und es nicht mit einer Hauruckaktion machen und dabei alle verrückt machen.

Abstimmung über Antrag der GRPK (mit Stimmenzählern)

Der Rat stimmt dem Antrag mit 24:11 Stimmen zu.

Gemeinderatspräsident Ernst Grand: Ich mache darauf aufmerksam, das jetzt wieder zwei gleichgestellte Anträge zusätzlich zum Antrag des Stadtrats kommen, also insgesamt drei Anträge. Es kommt wieder das Cup-System zu tragen. Wir werden wieder die beiden Anträge anhören und dann alle zusammen zur Abstimmung zu bringen.

Antrag der GRPK

Konto 0722.3020.00 Löhne der Lehrpersonen

Eine Minderheit der GRPK beantragt:

Das Budget auf dem oben genannten Konto wird um CHF 35'000 erhöht.

Alt: CHF 3'055'600

Neu: CHF 3'090'600

Mitglied der GRPK, Judith Fürst, SP: Die GRPK hat in den letzten Jahren, aber vor allem in den letzten Wochen von Seiten der Schulverwaltung einige Ungenauigkeiten oder sogar Fehler festgestellt. Die Fehler passieren sicherlich nicht bewusst und extra. Schon gar nicht möchte ich dem Personal schlechte Arbeit vorwerfen. Im Gegenteil, seit Jahren ist die Verwaltung der Primarschule personell am Anschlag. Die Digitalisierung hat auch vor der Schule nicht haltgemacht und fordert das Personal. Wir fordern darum vom Stadtrat, dass er bei der Schule eine 50% Fachstelle für die ICT bewilligt, um die Verwaltung ab Mitte Jahr zu unterstützen. Die Kosten dieser Stelle werden in den kommenden Jahren bei rund CHF 70'000 liegen. Ich bin sicher, dass mit dieser Stelle die Verwaltung noch effizienter und genauer arbeiten kann. Mir ist bewusst, dass die Schaffung dieser Stelle nicht in der Kompetenz des Gemeinderats liegt. Trotzdem möchten wir das Konto um CHF 35'000 erhöhen, um dem Stadtrat die Ressourcen bereitzustellen, damit die Stelle in den kommenden Monaten bewilligt und besetzt werden kann.

Mitglied der GRPK, Martin Schlatter, EVP: Zu den Ausführungen von Judith Fürst möchte ich noch einen Punkt ergänzen: Es ist wirklich bedauerlich, dass eine Stelle, welche die Schulverwaltung unterstützt hätte, infolge des Notbudgets nicht besetzt werden konnte. Aus den Statistiken des Kantons ist trotz gewisser Unsicherheiten sehr deutlich erkennbar, dass die Schule Wädenswil in der Schulverwaltung und Schulleitung seit Jahren im Vergleich zum

Kanton massiv unterdotiert ist. Daher scheint uns als EVP, dass der Antrag, der Schulverwaltung mehr Handlungsspielraum bereits im 2021 zu ermöglichen, absolut gerechtfertigt ist.

Ich möchte noch anfügen, dass ich der Meinung bin, dass es sich dabei nicht um das Cup-System handelt. Es sind zwei unabhängige Positionen, die zufälligerweise auf dem gleichen Konto sind.

Stadträtin Schule und Jugend Alexia Bischof: Ja, wir brauchen dringend die Fachstelle ICT. Wir haben diese aber infolge der Budgetrückweisung um ein Jahr verschieben müssen. Da die Person einen pädagogischen Hintergrund haben muss, müssen die entsprechenden Personen bei uns bis Ende März kündigen. Jetzt kommt die Stelle dann im Budget 2022 wieder. Wenn vorher noch ein Wunder geschieht, würde ich die Stelle beim Stadtrat beantragen.

Antrag der GRPK

Konto 0722.3020.00 Löhne der Lehrpersonen

Eine Minderheit der GRPK beantragt:

Das Budget auf dem oben genannten Konto wird um CHF 93'850 erhöht.

Alt: CHF 3'055'600

Neu: CHF 3'149'450

Mitglied der GRPK, Judith Fürst, SP: Ich möchte auch nochmals darauf hinweisen, dass das nicht eine Abstimmung sein soll, die im Cup-Verfahren stattfinden kann. Wenn der Präsident das weiterhin möchte, werde ich einen Ordnungsantrag stellen.

(Unterbruch der Sitzung zwecks Beratung.)

Gemeinderatspräsident Ernst Grand: Wir haben uns einigen können. Die beiden vorgehenden Anträge werden zurückgezogen und es gibt einen neuen Antrag von Judith Fürst.

Antrag von Judith Fürst, SP

Konto 0722.3020.00 Löhne der Lehrpersonen

Judith Fürst, SP, beantragt:

Das Budget auf dem oben genannten Konto wird um CHF 128'850 erhöht.

Alt: CHF 3'055'600

Neu: CHF 3'184'450

Mitglied der GRPK, Judith Fürst, SP: Ich entschuldige mich für die Verwirrung. Ich habe die beiden Anträge nun zusammengenommen. Es betrifft die ICT-Stelle und den alten Antrag, bei dem aus Versehen eine Stelle aus dem Budget gekürzt wurde. Im Rahmen der Budgetkürzung sind anstelle von zwei Stellen die Löhne von drei Stellen gekürzt worden. Die Stelle in der Pädagogik ist nach wie vor besetzt und kann nicht einfach herausgestrichen werden. Den Betrag werden sie am Schluss sowieso in der Rechnung sehen. Es handelt sich dabei nur um eine Budgetkorrektur. Im Antrag, über diesen wir nun abstimmen, handelt es sich nur noch um die ICT-Stelle, da der restliche Betrag eine Richtigstellung des Budgets ist.

Präsident der GRPK, Christian Gross, SP: Ich entschuldige mich als Präsident der GRPK. Es wäre absolut meine Aufgabe gewesen zu merken, dass es bei den beiden Anträgen ein Problem gibt und dies abzuklären. Aber neben all dem ändern ist es irgendwie hängen geblieben. Es tut mir leid für die Verzögerung. Ich hoffe, dass wir gut weiterkommen.

Abstimmung über Antrag von Judith Fürst, SP (mit Stimmenzählern)

Der Rat stimmt dem Antrag mit 18:17 Stimmen zu.

Antrag der GRPK

Konto 0723.4260.00 Rückerstattungen und Kostenbeteiligungen Dritter

Eine Minderheit der GRPK beantragt:

Das Budget auf dem oben genannten Konto wird um CHF 500'000 erhöht.

Alt: CHF 2'500'000

Neu: CHF 3'000'000

Mitglied der GRPK, Angelo Minutella, GLP: In der Investitionsrechnung haben wir gesehen, dass das Angebot der familienergänzenden Betreuung laufend ausgebaut wird. Der Bedarf ist in den letzten Jahren sehr stark gestiegen. Das ist bei den relativ günstigen Preisen auch kein Wunder. Der Ausbau kostet eine Stange Geld. Für CHF 10 Leistungsaufbau legt die Stadt immer einen Fünfliber darauf. Wieso das? Der Deckungsbeitrag liegt bei tiefen 66%. Wenn das mit anderen Gemeinden verglichen wird, sieht man, dass Wädenswil die familienergänzende Betreuung enorm finanziert. Ich habe ein paar Grossgemeinden aufgelistet im Bezirk. Dort liegt der Deckungsbeitrag zwischen 72% und 85%. Hier geht es um eine verursachergerechtere Preisgestaltung. Wir sollten im Mittelfeld der Grossgemeinden sein, die ich aufgelistet habe. Es ist an der Zeit, die Gebühren zu überarbeiten und entsprechend anzupassen.

Mitglied der GRPK, Judith Fürst, SP: Im Kanton Zürich wird jedes dritte Kind über den Mittag oder zu Randzeiten ausserhalb der Familie betreut. Egal ob man das gut oder schlecht

findet. Tatsache ist, dass immer mehr Familien ihre Kinder tagsüber betreuen lassen müssen oder möchten.

Wenn wir möchten, dass die Elternbeiträge erhöht werden, so bedeutet das, dass lediglich die Eltern, die bereits Vergünstigungen erhalten, einen höheren Betrag bezahlen müssen. Damit würden genau die Familien bestraft, die ein kleines Einkommen haben und bereits jetzt auf ihr Geld schauen müssen. Ziemlich sicher trifft es genau die Familien, die ihr Kind in den Hort schicken müssen, weil beide Elternteile arbeiten müssen, damit sie überhaupt durchkommen. Die Familien, die nämlich das Geld hätten, um mehr für die Betreuung zu bezahlen, trifft es nicht. Diese Elternbeiträge dürfen höchstens kostendeckend sein. Das ist vom Kanton so vorgegeben. Das bedeutet, dass der höchste Tarif gar nicht erhöht werden darf, wenn er bereits kostendeckend ist. Wollen wir wirklich, dass Familien bestraft werden, die es sonst schon schwierig haben? Für uns ist es verwerflich, Geld bei denen zu holen, bei denen bereits nichts mehr zu holen ist und die auf jeden Rappen schauen müssen. Wir lehnen diesen Antrag klar ab.

Stadträtin Schule und Jugend Alexia Bischof: Hier handelt es sich um Beiträge von allen Eltern, die ihre Kinder in irgendeinem oder in mehreren Modulen in der Betreuung haben. Es ist wichtig, dass die Ansätze wieder einmal hinterfragt werden. Damit hat nun eine Arbeitsgruppe mit der Leistungsüberprüfung begonnen. Da werden die Preise aber auch die Wichtigkeit einer durchmischten Gruppe berücksichtigt. Die Resultate werden dann von der Schulpflege abgenommen und können erst auf das nächste Schuljahr geändert werden. Für das Schuljahr 2021/2022 sind die Anmeldungen bereits in vollem Gang. Die Preise sind also bekannt und die Leute melden sich aufgrund von diesen an. Leider wird bei diesem Konto die Rechnung auch nicht rosig ausfallen, da im 2020 die Schülerclubs viele Wochen lang gar nicht oder nur für einen kleinen Teil zur Verfügung gestellt werden konnten. Die Einnahmen liegen dadurch ziemlich unter dem Budget. Darum ist es schon eine Challenge, die budgetierten CHF 2.5 Mio. Einnahmen generieren zu können und nicht noch eine zwanzigprozentige Steigerung zu erwarten. In diesem Fall bitte ich um Ablehnung.

Gabi Bachmann, EVP: In der Fraktion EVP haben wir neuerdings eine Art Codewort. Nämlich genau dann, wenn es um solche Anträge wie diesen geht. Dann schauen wir uns nämlich nur noch an und jemand sagt "Hauruck" und dann wissen wir bereits, dass wir Nein sagen und nicht mehr darüber diskutieren müssen. Es braucht nicht einmal eine Stellungnahme des Stadtrats, um zu wissen, dass man dies dieses Jahr nicht mehr umsetzen kann. Unserer Fraktion machen solche Vergleichszahlen, die manipulativ gezielt ausgewählt worden sind, einfach keinen Eindruck mehr. Auch wenn unser Statistikfreund Martin Schlatter keine vertiefte Analyse gemacht hat, was die schulergänzende Betreuung in jeder Gemeinde für unterschiedliche Inhalte hat, nehmen wir einfach an, dass ein Vergleich schwierig ist. Martin Schlatter hat dankend abgelehnt, das auch noch zu harmonisieren. Wir verstehen das.

Natürlich haben wir auch inhaltlich eine Meinung zum Thema. Wir hoffen, dass bei der Leistungsüberprüfung sehr genau hingeschaut wird und es am Schluss nicht die Falschen trifft. Wir erhoffen uns auch, dass bei der Finanzierung der familienergänzenden Betreuung neue Wege und Lösungen gefunden werden können, beispielsweise, dass Arbeitgeber oder die

Wirtschaft mehr mitfinanzieren. Das muss jedoch vielleicht beim Kanton diskutiert werden, aber sicher nicht hier und jetzt.

Sonja Knecht, CVP: Wir von der CVP finden es ebenfalls ganz wichtig, dass alle von der familienergänzenden Betreuung profitieren können und lehnen den Antrag betreffend eine höhere Kostenbeteiligung ab. Um Kosten zu sparen könnte in der Leistungsüberprüfung geprüft werden, ob die Auslastung des Personals optimaler gestaltet werden kann, indem eine kleine Warteliste geführt wird oder Kinder einzelne Tage abtauschen. Einfach so, dass nicht immer eine Person mehr angestellt werden muss, solange noch keine ganze Gruppe entsteht. Das sollte auch in die Leistungsüberprüfung kommen.

Claudia Bühlmann, Grüne: Ich möchte nochmals das bestärken, was Judith Fürst bereits gesagt hat. Es tönt so, als ob der Hort billig wäre. Aber das ist überhaupt nicht so, selbst für Familien, die am Existenzminimum leben. Ich kenne ein Beispiel einer Familie mit vier Kindern. Nicht alle sind in der Betreuung, sondern nur die Kleinen. Die bezahlen über CHF 1'000. Für eine Familie am Existenzminimum sind CHF 1'000, das könnt ihr euch vorstellen, einfach zu viel. Ich möchte darauf hinweisen, dass es eine schlechte Idee ist, jetzt eine Hau-rückübung durchzuführen. Ich bitte darum, dass bei der Leistungsüberprüfung darauf ge-schaut wird, dass diese, die sehr wenig Einkommen haben, mehr entlastet werden als jetzt. Der Essensbeitrag von CHF 12 wird nicht abgestuft. Hier bezahlt jedes Kind gleich viel. Die-ser sollte eigentlich auch abgestuft werden.

Abstimmung über Antrag der GRPK (mit Stimmzählern)

Der Rat lehnt den Antrag mit 18:17 Stimmen ab.

Soziales und Frohmatt (S. 115 bis 135)

Globalbudgets Soziales:

Soziale Dienste (S. 295/296);

Asylkoordination (S. 297);

Alterszentrum Frohmatt (S. 298/299)

Mitglied der GRPK, Marco Kronauer, SVP: Am 24. Februar 2021 führten Judith Fürst und ich eine Online-Sitzung mit der Abteilung Soziales. Ich danke Markus Morger und Astrid Fur-
rer für ihre Ausführungen.

Sowohl der budgetierte Aufwand wie auch der budgetierte Ertrag sind beim überarbeiteten Budget etwas tiefer als in der ursprünglichen Version vom September 2020. Der Nettoauf-wand ist um CHF 0.6 Mio. tiefer. Von den ursprünglich geplanten vier Stellen wird nun vom Stadtrat nur noch eine Stelle bewilligt, diese wird in den Sozialen Diensten eingesetzt. Ebenso wird aus nicht besetzten Stellen im Asylbereich eine 80% Stelle in die Sozialen Dienste verschoben. Im Asylwesen wurden bereits im 2019 die bewilligten Ressourcen nicht ausgeschöpft. Deshalb kann eine Verschiebung vorgenommen werden. Ebenso kommen

aufgrund von Corona weiterhin weniger Flüchtlinge. Des Weiteren werden vermehrt Personen zugewiesen, die einen Ausweis F oder eine Anerkennung als Flüchtling haben. Diese werden zwar in Asylstrukturen beherbergt, werden aber von den Sozialen Diensten für den Lebensunterhalt unterstützt. Somit gibt es noch eine stärkere Verschiebung in die Sozialen Dienste, weshalb im überarbeiteten Budget das Personal im Asylwesen nochmals etwas reduziert wurde. Die neu geplante Stelle im Bereich Sozialversicherungen, die die 3-jährige Übergangssituation der EL-Revision betreuen soll, wurde nun vom Stadtrat gestrichen. Dazu kommt später noch ein Antrag. Der neu budgetierte Nettoaufwand bei der wirtschaftlichen Hilfe ist im überarbeiteten Budget gleich hoch wie im Budget 2020. Eine Fallzunahme in den Sozialen Diensten und eine dementsprechende Steigerung bei der wirtschaftlichen Hilfe aufgrund von Corona wurde bis Ende 2020 nicht festgestellt. Da nun die Bundesmassnahmen bis Ende Jahr verlängert worden sind, rechnet die Abteilung Soziales mit einer späteren Kostensteigerung.

Ebenfalls am 24. Februar 2021 führten Judith Fürst und ich eine Online-Sitzung mit dem Alterszentrum Frohmatt. Vielen Dank an Fabian Risler, Cristian Rentsch und Astrid Furrer für ihre Ausführungen.

Das Alterszentrum Frohmatt hat nur geringe Anpassungen am überarbeiteten Budget 2021 gemacht. Lediglich der budgetierte Aufwand wurde um CHF 200'000 reduziert. Diese Veränderung resultiert vor allem aufgrund der Kündigung der Krankentaggeldversicherung. Bereits nach einem Jahr seit der Einführung der Versicherung, sind die Kosten für die Versicherung stark angestiegen, weshalb die Leitung entschieden hat, die Versicherung wieder zu kündigen. Ebenso zahlt die Versicherung erst ab 30 Tagen und mit den gemachten Erfahrungen ist festgestellt worden, dass die meisten Absenzen diese 30 Tage nicht überschreiten. Das Alterszentrum möchte nun mehr in Prävention, Gesundheitsberatung und Case Management investieren.

Die Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonales steigen, wie bereits am Anfang erwähnt, im überarbeiteten Budget um knapp CHF 1.0 Mio. Bei mehr Personal sollte auch davon ausgegangen werden, dass auch mehr Bewohner betreut werden können. In den FLAG-Zielen rechnet die Frohmatt mit einer gesamten Auslastung im 2021 von 98.5%. Diese Zahlen wurden bei der Budgetüberarbeitung leider nicht angepasst, obwohl uns mündlich mitgeteilt wurde, dass die Auslastung im Februar 2021 so tief sei, wie seit 5 Jahren nicht mehr. Wie bereits im Bericht und Antrag und von Christian Gross erwähnt, erachten wir diese Zahlen als unrealistisch und es bleibt zu hoffen, dass das budgetierte Personal nicht so eingestellt wird und am Schluss ein hoher Nettoaufwand resultiert.

Antrag der GRPK

Konto 0800.3010.00 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals

Eine Mehrheit der GRPK beantragt:

Das Budget auf dem oben genannten Konto wird um CHF 59'000 erhöht.

Alt: CHF 995'000

Neu: CHF 1'054'000

Mitglied der GRPK, Judith Fürst, SP: Auch da ist es mir bewusst, dass es nicht Aufgabe des Gemeinderats ist, Stellen zu schaffen. Der Gemeinderat kann aber über die Budgeterhöhung abstimmen. Was der Stadtrat aber mit dieser Erhöhung macht, ist in seiner Kompetenz. Infolge der Revision der Ergänzungsleistungen kommt es bei den Sozialversicherungen zu massivem zusätzlichem administrativen Aufwand. So werden Personen, die bereits Ergänzungsleistungen beziehen, noch drei Jahre lang nach altem Recht behandelt. Personen, die neu Ergänzungsleistungen beziehen, jedoch nach neuem Recht. Einerseits ist es schon streng, zweierlei Rechte anzuwenden und andererseits beansprucht das neue Recht einiges mehr an Aufwand für die Mitarbeitenden der Sozialversicherungen. Darum hat sogar der Kanton empfohlen, dass die Gemeinden für die Übergangszeit zusätzliche Stellen schaffen sollen. Eine zusätzliche Stelle im Bereich der Sozialversicherungen bringt nicht nur Kosten mit sich, viel mehr werden wir über kurz oder lang von der zusätzlichen Stelle profitieren und Geld einsparen.

Mitglied der GRPK, Marco Kronauer, SVP: Bereits im Budget 2020 wurden im Bereich Sozialversicherungen zwei Stellen geschaffen. Einerseits eine juristische Stelle für die immer komplexeren Fälle sowie eine Stelle, wie sie jetzt wieder beantragt wird, als Sachbearbeiter. Ich bin der Meinung, da wir dazumal bereits eine Stellenerhöhung gemacht haben, nun mit den bereits bewilligten Ressourcen geschaut werden soll, das Beste herauszuholen. Der Stadtrat hat sich ja auch nochmals überlegt, ob eine neue Stelle nötig ist oder nicht. Ich denke, wir sollten mit einer weiteren Schaffung einer Stelle bis nächstes Jahr zuwarten und schauen, wie es sich entwickelt.

Präsident der GRPK, Christian Gross, SP: Ich möchte darin erinnern, dass wir vor kurzem eine Situation hatten, dass viele Stellen im Sozialen gekürzt wurden. Als diese dann endlich geschaffen worden sind, hat man plötzlich gemerkt, dass mit der Aufarbeitung von alten Fällen Millionen eingespart werden können. Ich habe Angst, wenn der Antrag nun abgelehnt wird, dass wir wieder in das genau gleiche Problem reinlaufen. Ich bitte darum, den Antrag anzunehmen.

Abstimmung über Antrag der GRPK

Der Rat stimmt dem Antrag grossmehrheitlich zu.

Antrag der GRPK

Konto 0802.3132.00 Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten

Die einstimmige GRPK beantragt:

Das Budget auf dem oben genannten Konto wird um CHF 13'000 gekürzt.

Alt: CHF 18'000

Neu: CHF 5'000

Mitglied der GRPK, Marco Kronauer, SVP: Wie es in der Begründung im Bericht und Antrag steht, wurde der Betrag im 2019 für die Eingemeindung erhöht, da die Fälle ins System von Wädenswil integriert werden mussten und darum mehr Ressourcen benötigt wurden. Jetzt werden diese nicht mehr benötigt, wie mir von der Abteilung Soziales bestätigt worden ist.

Abstimmung über Antrag der GRPK

Der Rat stimmt dem Antrag grossmehrheitlich zu.

Investitionsrechnung (S. 220 bis S. 236) und ordentliche Abschreibungen (S. 263/264)

Die Investitionsrechnung wird in dieser Reihenfolge durchgegangen.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Ernst Grand gibt es keine Bemerkungen.)

(Keine Wortmeldungen).

Antrag der GRPK

Finanzen, Konto 0221.7040.366 Umbau Altes Gemeindehaus Hütten (Seite 222)

Eine Mehrheit der GRPK beantragt:

Das Budget auf dem oben genannten Konto wird um CHF 608'000 gestrichen.

Alt: CHF 608'000

Neu: 0

Mitglied der GRPK, André Zürcher, SVP: Die Mehrheit der GRPK beantragt, das ehemalige Gemeindehaus von Hütten inkl. der Landparzelle an der Dorfstrasse 6 zu verkaufen anstelle zu renovieren.

Stadtrat Finanzen Walter Münch: Ich möchte nicht auf jeden einzelnen Antrag eingehen, sondern Ihnen generell ein paar Überlegungen mitgeben.

Die Dienststelle Immobilien ist beauftragt, eine Immobilienstrategie zu erarbeiten. Sie ist auf gutem Weg, braucht aber noch etwas Zeit. Die Stadt hat bis heute keine Strategie, was ihre Immobilien betrifft. Eine solche Strategie soll den Umgang mit den Liegenschaften mittel- und langfristig festlegen, damit nicht kurzfristig Entscheide getroffen werden, die mittel- und langfristig den Zielen der Stadt entgegenstehen.

Aufgrund der anstehenden Schulhausprojekte im Ort und Untermosen haben wir in erster Priorität eine Strategie für unseren Schulraum erarbeitet. Diese liegt vor und wir haben eine

Schulraumplanung bis ins Jahr 2035 gemacht mit dem benötigten Schulraum pro Schuleinheit sowie die erforderlichen Räumlichkeiten für die Betreuung und Tagesstrukturen. In zweiter Priorität haben wir die Immobilienstrategie in Angriff genommen. Da geht es um die Gliederung unserer Immobilien in verschiedene Portfolios und die Festlegung einer Eigentümerstrategie in Absprache mit den Nutzern und Betreibern der verschiedenen Immobilien. Unser Plan ist, in der Stadtratsklausur vom Mai, die Immobilienstrategie dem Stadtrat vorzustellen und dann über das weitere Vorgehen zu entscheiden. Daraus könnten sich dann Massnahmen auf einzelnen Objekten ergeben. Massnahmen könnten sein:

- Behalten einer Liegenschaft als strategische Reserve. Die Stadt verfügt nur über wenige Landreserven im Zentrum oder zentrumsnahem Gebiet. Dies gilt auch für Schönenberg und Hütten.
- Behalten einer Liegenschaft als Reserve mit der Absicht, diese Parzelle bei Bedarf gegen eine andere Parzelle abzutauschen.
- Behalten einer Liegenschaft als Renditeobjekt.
- Vergabe einer Liegenschaft im Baurecht, um Einnahmen zu generieren.
- Verkauf einer Liegenschaft. Bei einem möglichen Verkauf sollten wir nicht an heute oder morgen denken, sondern an übermorgen, denn verkauft ist verkauft.

Ich habe den Eindruck, dass einige Gemeinderäte die Absicht haben, mit dem Verkauf von Liegenschaften unsere Finanzen zu retten. Da muss ich Sie aber leider enttäuschen. Befindet sich eine Liegenschaft im Finanzvermögen, ist sie zum geschätzten Marktwert in der Bilanz bewertet. Bei einem Verkauf gibt es nur eine Veränderung in der Bilanz. Das heisst, wir haben weniger Anlagevermögen, aber auch weniger Fremdkapital. Diese Transaktion hat keinen Einfluss auf die Erfolgsrechnung. Befindet sich eine Liegenschaft im Verwaltungsvermögen, muss diese ins Finanzvermögen übertragen werden, um diese zu verkaufen. Mit dieser Transaktion gibt es einen einmaligen Buchgewinn. Dieser wird in der Erfolgsrechnung wirksam, aber natürlich nur einmal. Bei Liegenschaften mit Mieteinnahmen fallen diese dann aber weg und es entgehen uns regelmässige Erträge und verschlechtern das Ergebnis der Erfolgsrechnung in den kommenden Jahren. Ich denke, das wäre es. Also keine Verbesserung unserer mittel- und langfristigen finanzpolitischen Herausforderungen. Bei einem Verkauf verzichtet die Stadt auf die Landwertsteigerung und eine Rendite. Das heisst, wir würden die Gewinne privatisieren und die Kosten sozialisieren. Ich denke, wir können davon ausgehen, dass Preise für Bauland langfristig weiter steigen werden. Man sollte sich da nicht von kurzfristigen Höhen und Tiefen beeinflussen lassen. Zudem gehören Anträge zum Verkauf von Liegenschaften nicht in die Budgetdiskussion. Das sind Sachentscheide, die man nicht vorwegnehmen kann. Ich glaube, es kann nicht die Absicht des Parlaments sein, dass die von der GRPK erwähnten Liegenschaften in den kommenden Monaten an den Erstbesten verscherebelt werden.

Nun noch zum Kürzungsantrag des Rahmenkredits für Erneuerungsinvestitionen bei Immobilien im Verwaltungsvermögen. Mit diesem Rahmenkredit wird der Werterhalt unserer Immobilien im Verwaltungsvermögen, also Schulhäuser, Verwaltungsgebäude etc., die im Eigentum der Stadt sind, gesichert. Eine Vernachlässigung des Unterhalts wird später höhere Kosten verursachen. Zudem sind Erneuerungsinvestitionen gebundene Ausgaben. Wir sind

als Stadt dafür verantwortlich, dass wir unserer Gebäude gut unterhalten. Der im Budget eingestellte Betrag von CHF 500'000 deckt nicht einmal den minimal notwendigen Unterhalt. Und der Betrag wurde mit der Überarbeitung des Budgets bereits um CHF 300'000 von CHF 800'000 auf CHF 500'000 gekürzt. Und jetzt soll dieser nochmals um die Hälfte auf CHF 250'000 gekürzt werden? Will der Gemeinderat ernsthaft unsere eigenen Liegenschaften verlottern lassen? Das kann doch nicht die Absicht sein. Der Stadtrat empfiehlt darum all diese Anträge abzulehnen, ob es Minder- oder Mehrheitsanträge sind.

Daniel Willi, SP: Walter Münch, vielen Dank für die Ausführungen. Wir haben noch eine Interpellation offen, bei welcher wir noch auf die Beantwortung durch den Stadtrat warten. Ich sehe nun, dass ihr auf Kurs seid. Ich möchte nochmals bekräftigen, dass es für die SP auf keinen Fall in Frage kommt, die Liegenschaften zu verkaufen und zwar aus diesen Argumenten, die Walter Münch gesagt hat. In diesem Sinne ist es nötig, dass der Unterhalt, der geplant ist, an die Hand genommen und sicher nicht reduziert wird.

Abstimmung über Antrag der GRPK (mit Stimmenzählern)

Der Rat lehnt den Antrag mit 18:17 Stimmen ab.

Antrag der GRPK

Finanzen, Konto 0221.7040.367 Schönenberg, Hüttnerstrasse 1 - Sanierung Wohnhaus (Seite 222)

Eine Minderheit der GRPK beantragt:

Das Budget auf dem oben genannten Konto wird um CHF 400'000 gestrichen.

Alt: CHF 400'000

Neu: 0

Mitglied der GRPK, André Zürrer, SVP: Auch bei diesem Antrag geht es um das alte Gemeindehaus von Schönenberg. Eine Minderheit der GRPK beantragt, das Haus zu verkaufen anstatt zu renovieren. Ich möchte dazu noch erwähnen, dass die GRPK bereits vor Jahren den Stadtrat gebeten hat, eine Immobilienstrategie zu fahren. Diese ist immer wieder versprochen worden. Bis heute haben wir sie leider noch nicht gesehen. Ich hoffe, dass diese bald vorliegt.

Stadtrat Finanzen Walter Münch: Ich habe gesagt, dass ich zu den Anträgen nichts mehr sage. Nun muss ich mich aber doch noch dazu äussern. Das Haus an der Hüttnerstrasse in Schönenberg ist nicht das alte Gemeindehaus. Es ist eine Gewerbe- und Wohnliegenschaft vis à vis der Mehrzweckhalle. Darin befindet sich ein Coiffeur und drei Wohnungen. Die Wohnungen haben wir für das Soziale benötigt, da es günstiger ist, Personen dort als im Hotel unterzubringen. Die Wohnungen sollen nun renoviert werden, damit wir diese wieder normal vermieten können. Die Liegenschaft befindet sich inmitten von anderen städtischen Liegenschaften. So gehört uns der Parkplatz und das Land um die Kirche. Wenn wir das

Haus verkaufen, würde das den Wert der anderen Liegenschaften mindern. Das ist definitiv nicht zu machen.

Abstimmung über Antrag der GRPK (mit Stimmenzählern)

Der Rat lehnt den Antrag mit 20:15 Stimmen ab.

Antrag der GRPK

Finanzen, Konto 0221.7040.416 Kirchrain 4, Wohnungsinstandsetzungen (Seite 222)

Eine Mehrheit der GRPK beantragt:

Das Budget auf dem oben genannten Konto wird um CHF 50'000 gestrichen.

Alt: CHF 50'000

Neu: 0

Mitglied der GRPK, Marco Kronauer, SVP: Bei diesem Antrag handelt es sich um den Anbau des ehemaligen Gemeindehauses von Schönenberg. Das Gebäude ist fast zusammengebaut. Leider steht das ehemalige Gemeindehaus von Schönenberg schon seit der Fusion leer, da es anscheinend schwierig ist, dafür einen Mieter zu finden. Da beide Gebäude zusammengebaut sind, macht es aus unserer Sicht keinen Sinn, hier zu investieren, wenn man keine konkrete Lösung für das ehemalige Gemeindehaus von Schönenberg hat. Am besten sollte es verkauft werden, da ein Umbau des Gemeindehauses finanziell sehr aufwendig ist und mit den freien Mitteln andere Projekte priorisiert werden könnten. Mir erscheint es man am Beispiel des ehemaligen Gemeindehauses von Hütten schleierhaft, wenn man letztes Jahr bereits CHF 600'000 investieren wollte und dieses Jahr sollten es wieder CHF 600'000 sein und da noch CHF 50'000, ohne konkrete Immobilienstrategie.

Abstimmung über Antrag der GRPK (mit Stimmenzählern)

Der Rat stimmt dem Antrag mit 21:14 Stimmen zu.

Antrag der GRPK

Finanzen, Konto 0222.5040.210 Rahmenkredit Erneuerungsinvestitionen Immobilien 2021 (Seite 223)

Eine Mehrheit der GRPK beantragt:

Das Budget auf dem oben genannten Konto wird um CHF 250'000 gekürzt.

Alt: CHF 500'000

Neu: CHF 250'000

(Auf die mündliche Begründung des Antrags wird verzichtet.)

Claudia Bühlmann, Grüne: Ich bin als Präsidentin des Krippenvereins Mieterin einer Liegenschaft der Stadt Wädenswil. Ich habe über Jahre hinweg mitbekommen, wie mühsam es ist, in einer schlecht erhaltenen Liegenschaft arbeiten zu müssen. Wenn der Stadtrat sagt, dass die CHF 0.5 Mio. das Minimum sind, würde ich sagen, glauben wir ihm und investieren das Geld. Es ist einfach wirklich mühsam und es ist schlecht für die Immobilien, wenn sie nicht unterhalten werden. Deshalb würde ich vom Antrag absehen.

Abstimmung über Antrag der GRPK (mit Stimmenzählern)

Der Rat stimmt dem Antrag mit 21:14 Stimmen zu.

Antrag der GRPK

Planen und Bauen, Konto 0310.5020.210 Revitalisierung Bäche – Rahmenkredit 2021 (Seite 225)

Eine Minderheit der GRPK beantragt:

Das Budget auf dem oben genannten Konto wird um CHF 850'000 gestrichen.

Alt: CHF 850'000

Neu: CHF 0

Mitglied der GRPK, Marco Kronauer, SVP: In diesem Sinne geht es um die beiden letzten Anträge. Sie sind miteinander verkoppelt. Darum werde ich meine Begründung zu beiden geben. Die Revitalisierung des sogenannten Risibach ist im kantonalen Richtplan als erste Priorität mit Umsetzungshorizont von 2015 bis 2035 eingetragen. Einen Teil der Kosten wird als Subventionen von Bund und Kanton ausbezahlt und ist dementsprechend nicht konkret auf dieses Jahr bezogen. Ein weiterer Teil wird vom Fonds "Naturemade star" mit einem Beitrag von maximal CHF 300'000 unterstützt, mit welchem gemäss Aussage von Planen und Bauen im August 2020 ein 5-jähriger Vertrag gemacht worden ist. Das heisst, innerhalb dieser fünf Jahre sollte das Projekt realisiert werden. Gemäss Planen und Bauen betragen

die Restkosten für die Stadt Wädenswil bei diesem Projekt rund CHF 100'000 bis 130'000. Dementsprechend könnte man sagen, dass wir, auf den Kanton bezogen, noch bis 2035 Zeit haben. Auf den Fonds bezogen, soll das Projekt bis 2025 umgesetzt sein. Ich denke, dass es auch noch nächstes oder übernächstes Jahr gemacht werden kann. Deshalb stellt eine Minderheit der GRPK den Antrag, die Investition zu verschieben.

Mitglied der GRPK, Eric Schenk, CVP: Ich habe mich vorher bei der Abteilungsrede etwas undeutlich ausgedrückt. Darum jetzt nochmals. Also wir von der CVP sind ganz klar gegen beide Anträge, die Revitalisierungskosten zu streichen. Es ist wichtig, dass die Arbeiten realisiert werden und vor allem jetzt, da wir dafür eine Stelle in der Biodiversität haben. In den letzten 10 Jahren wurden viele Verhandlungen und Vorarbeiten geleistet. Es wäre schade, ein Projekt dieser Art zu verschieben. Vor allem, da die Kosten einer Revitalisierung praktisch bei Null liegen. Klar muss die Stadt in Vorleistung gehen, aber es wird zu einem späteren Zeitpunkt nicht günstiger und einfacher, wenn der Kanton wieder andere oder neue Grundlagen schafft.

Mitglied der GRPK, Marin Schlatter, EVP: Ich schliesse mich dem Votum von Eric Schenk an.

Ulrich Reiter, Grüne: Ich mache es kurz, wir haben es gehört. Es geht nur um eine Verschiebung. Es bringt strategisch gesehen auch für die ganze Diskussion, die wir bis jetzt geführt haben, nichts. Das zweite Argument sind ganz klar die Subventionen und Beiträge, die wir erhalten. Es gibt den Vertrag. Es wäre ein Irrsinn, wenn wir auf das Geld verzichten, da die Arbeit gemacht werden muss. Darum sind wir, im Zusammenhang mit der Aufwertung und dem Gewinn für die Biodiversität, gegen die Anträge.

Stadtrat Planen und Bauen Heini Hauser: Ich verzichte aus Zeitgründen. Es ist alles gesagt worden.

Abstimmung über Antrag der GRPK (mit Stimmenzählern)

Der Rat lehnt den Antrag mit 18:17 ab.

Antrag der GRPK

*Planen und Bauen, Konto 0310.6020.210 Revitalisierung Bäche – Rahmenkredit 2021
(Seite 225)*

Eine Minderheit der GRPK beantragt:

Das Budget auf dem oben genannten Konto wird um CHF 200'000 gestrichen.

Alt: CHF 200'000

Neu: CHF 0

(Auf die mündliche Begründung des Antrags wird verzichtet.)

Sandy Bossert, SVP: Ich habe den ganzen Abend zugehört. Es ist schon speziell, niemand will sparen, aber wir können doch nicht alles haben. Die Revitalisierung ist eines der besten Beispiele. Ich weiss nicht, ob es vor zwei Jahren war, als Ueli Reiter gesagt hat, dass wir für die Biodiversität eine Stelle schaffen müssen. Diese kostet Wädenswil pro Jahr ca. CHF 100'000. Mit diesem Geld könnten wir den Anteil des Bachs bezahlen. Dieser läuft nämlich genau gleich weiter. Ökobüros oder Leute mit so einer Ausbildung gibt es im Kanton ganz viele. Diese kann man anfragen und entsprechend Leute einmieten. Aber vor zwei Jahren musste eine solche Stelle geschaffen werden. Diese haben wir jetzt und nun sprechen wir über CHF 120'000. Logisch, durchwinken, man muss ja grün sein und immer alles wollen. Aber irgendeinmal muss auch verzichtet werden. Ich wäre froh, wenn man etwas konsequent wäre.

Mitglied der GRPK, Ulrich Reiter, Grüne: Ich bin gerade angesprochen worden und will nun darauf reagieren. Die Stelle Biodiversität spart effektiv auch Kosten. Es ist kein Nullsummenspiel. Wir haben im Gespräch mit Planen und Bauen die Zahl von CHF 70'000 bekommen, die diese Stelle einspart und nicht extern für die Harmonisierung der Reglemente vergeben werden muss, die zwingend notwendig sind. Ja, es gibt gewisse Zusatzkosten, aber es gibt auch eine Reduktion von Kosten infolge dieser Stelle. Weiter habe ich nichts dazu zu sagen.

Abstimmung über Antrag der GRPK (mit Stimmenzählern)

Der Rat lehnt den Antrag mit 18:15 bei zwei Enthaltungen ab.

**** 10 Minuten Pause zur Konsolidierung ****

Gemeinderatspräsident Ernst Grand: Zu den ordentlichen Abschreibungen gibt es keinen Antrag der GRPK.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Ernst Grand gibt es weder weitere Wortmeldungen noch liegen weitere Anträge vor.)

Gemeinderatspräsident Ernst Grand: Ich fasse nun zusammen, welche Anträge heute Abend beschlossen worden sind:

- Präsidiales, Konto 0100.3102.00 Drucksachen, Publikationen: Das Konto wird um CHF 4'000 gekürzt.
- Präsidiales, Konto 0150.3170.00 Reisekosten und Spesen: Das Konto wird um CHF 5'000 gekürzt.
- Finanzen, Konto 0201.4604.01 Gewinnbeteiligung der Zürcher Kantonalbank: Das Konto wird um CHF 472'000 erhöht.

- Finanzen, Konto 0205.3499.01 Übriger Finanzaufwand, Negativzins: Das Konto wird um CHF 17'000 erhöht.
- Sicherheit und Gesundheit, Konto 061, Stadtpolizei (Globalkredit): Das Konto wird um 471'440 erhöht.
- Sicherheit und Gesundheit, Konto 0651.3130.03 Spitexbeiträge mit Leistungsvereinbarung: Das Konto wird um CHF 25'000 erhöht.
- Sicherheit und Gesundheit, Konto 066, Bäder (Globalkredit): Das Konto wird um CHF 9'700 gekürzt.
- Schule und Jugend, Konto 0712.3102.00 Drucksachen, Publikationen Schulverwaltung: Das Konto wird um CHF 5'000 gekürzt.
- Schule und Jugend, Konto 0719.3636.00 Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck: Das Konto wird um CHF 50'000 gekürzt.
- Schule und Jugend, Konto 0722.3020.00 Löhne der Lehrpersonen: Das Konto wird um CHF 128'850 erhöht.
- Soziales, Konto 0800.3010.00 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals: Das Konto wird um CHF 59'000 erhöht.
- Soziales, Konto 0802.3132.00 Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten: Das Konto wird um CHF 13'000 gekürzt.
- Finanzen, Konto 0221.7040.416 Kirchrain 4, Wohnungsinstandsetzungen: Das Konto wird um CHF 50'000 gekürzt.
- Finanzen, Konto 0222.5040.210 Rahmenkredit Erneuerungsinvestitionen Immobilien 2021: Das Konto wird um CHF 250'000 gekürzt.

Das sind alle Anträge, denen ihr zugestimmt habt. Damit ist in der Erfolgsrechnung der ursprüngliche Aufwandüberschuss von CHF 1'148'977 neu bei CHF 348'687. Das Verwaltungsvermögen Nettoinvestitionen ursprünglich bei CHF 19'020'050 wurde gesenkt auf 18'770'050. Im Finanzvermögen hatten wir einen Einnahmenüberschuss von CHF 1'252'000. Dieser ist neu CHF 1'202'000.

Schlussabstimmung zum Budget und den Leistungsaufträgen

Der Rat stimmt dem Budget 2021 mit den heute beschlossenen Anträgen sowie den Leistungsaufträgen 2021 mit Globalkrediten der FLAG-Abteilungen einstimmig zu.

Zweitens Steuerfuss 2021

Präsident der GRPK, Christian Gross, SP: Als GRPK-Präsident habe ich eine Minderheit zu vertreten, das heisst, was ich nun sage, entspricht nicht der Mehrheitsmeinung der Kommission. Der Mehrheitsantrag wird nachher vermutlich von Beat Lüthi vorgestellt.

Was macht eine lebenswerte Stadt aus? Wenn es nach der rechten Ratshälfte geht, dann ist es wohl ein tiefer Steuerfuss. Seit einem Jahrzehnt läuft in Wädenswil ein spannendes Experiment. Was passiert mit einer Stadt, wenn wir die Steuern immer und immer wieder senken? Das Ergebnis war absehbar. Die Verschuldung steigt, und zwar massiv. Selbst massiver Leistungsabbau reicht halt einfach nicht, um diverse Steuerprozentage auszugleichen. Es ist sehr schön, dass der Stadtrat dies nach Jahren, in denen die SP immer wieder auf diesen Punkt hingewiesen hat, nun erfasst hat. Es ist aber schade, dass eine Mehrheit der GRPK weiterhin verkrampft am tiefen Steuerfuss festhält und damit die Verschuldung in die Höhe treibt.

Was macht eine lebenswerte Stadt aus? Gute Schulen, ein aktives Vereinsleben, spannende Freizeitaktivitäten, eine gute Verkehrsanbindung, schöne Grünflächen. Ein Stadtzentrum, das diesen Namen verdient und vieles mehr. Und ja, weniger Steuern zu bezahlen ist natürlich auch lässig. Aber wenn wir dafür Schulden anhäufen, was bringt das dann?

Ein Blick auf unsere Finanzkennzahlen zeigt rasch und deutlich, dass unsere Steuern zu tief sind. Auch die rechte Ratshälfte hat keine Idee, wie wir mehrere Millionen einsparen könnten. Das hat sie im Dezember bewiesen, als das Budget zurückgewiesen statt verbessert wurde. Das hat sich auch heute wieder gezeigt. Die grössten Verbesserungen in der laufenden Rechnung sind einerseits die Korrektur der ZKB-Dividende und andererseits eine Gebührenerhöhung bei den Parkplätzen gewesen. Sonst gab es kaum Anträge, die gültig und mehrheitsfähig waren. Stattdessen wurden wir mit Minianträgen überhäuft, die in der Summe vielleicht knapp ein Steuerprozent ausmachen.

Wir können in den nächsten Jahren diskutieren, was genau eine sinnvolle Höhe des Steuerfusses ist. Ganz klar ist, dass 85% nicht reichen, um die städtischen Aufgaben zu finanzieren. Die Steuererhöhung ist somit die logische Konsequenz. Ohne Steuererhöhung ist das ganze Budget ein finanzpolitischer Irrsinn und die SP kann diesem nicht zustimmen.

Zum Abschluss möchte ich noch auf ein langfristiges Denken hinweisen. Im Gemeinderat fällt mir immer wieder auf, dass von Jahr zu Jahr gedacht wird, dass wir jetzt gerade eine schlechte Finanzsituation haben, aber die Stadt Wädenswil gibt es auch in 100 Jahren noch. Als Gemeinde müssen wir anfangen, in diesen Zeiträumen zu denken. Wir müssen schauen, dass wir eine langfristig stabile Finanzlage erreichen und das ist mit 85% nicht möglich. Über die letzten Jahre haben wir das versucht, aber es ist nicht gegangen. Darum bitte ich sehr, den Minderheitsantrag einer vierprozentigen Steigerung, der auch dem Stadtratsantrag entspricht, zuzustimmen.

Anträge der GRPK

Eine Mehrheit der GRPK beantragt, den Steuerfuss unverändert bei 85% zu belassen.

Eine Minderheit der GRPK folgt dem Antrag des Stadtrats, den Steuerfuss auf 89% zu erhöhen.

Gemeinderatspräsident Ernst Grand: Inzwischen gibt es noch einen Antrag der EVP. Der Steuerfuss soll auf 87% erhöht werden.

Begründung des Merheitsantrags

Mitglied der GRPK, Beat Lüthi, FDP: Die Mehrheit der GRPK beantragt, den Steuerfuss unverändert bei 85% zu belassen. Dies, obwohl wir mit dem Argument der GRPK-Minderheit in einem Punkt einiggehen. Es darf nicht sein, dass die Stadt nun auf Jahre hinaus massive Schulden auftürmt. Warum dann kommen wir zum Entschluss, die Kontinuität zu wahren und den Steuerfuss unverändert zu belassen?

1. Es ist von zentraler Bedeutung, dass sich Stadt und Verwaltung dem Spar- und Rationalisierungsdruck stellen und nicht einfach den Ausweg über die Erhöhung des Steuerfusses suchen. Meine Damen und Herren, was soll daran gerecht und sozial sein, wenn über die Steuererhöhung oder die Steuersatzerhöhung den Steuerzahlern ihr verbleibendes verfügbares Einkommen weggenommen und reduziert wird und somit der Spar- und Rationalisierungsdruck einfach ihnen auferlegt wird, weil wir unseren Job nicht machen? Jeder Privathaushalt weiss, dass er seine Ausgaben seinen Einnahmen anpassen muss und nicht umgekehrt. Für die Stadt gilt das genauso.
2. Wer sich näher mit Steuerpolitik befasst weiss, dass jede Steuerfusserhöhung bei den Steuersubjekten negative Ausweicheffekte verursacht, die bewirken, dass das absolute Steueraufkommen eben nicht linear mit dem Steuerfuss ansteigt. Ich muss hier einfach sagen, dass wir gut beraten sind, wenn unsere Nasenspitze etwas über Wädenswil hinausschaut und wir schauen, was um uns herum so passiert. Wädenswil hat bereits heute mit 104% Gesamtsteuerfuss und neu ja 105% den höchsten Gesamtsteuerfuss aller Zürcher Seegemeinden. Ausser Richterswil mit 101% liegen alle anderen zwischen 72% und 95%. Wir sind 10 Punkte oder mehr darüber. Wenn wir den Abstand zum Steuerfuss der umliegenden Gemeinden weiter erhöhen, werden wir von den steuerlichen Rahmenbedingungen her noch unattraktiver und riskieren, unsere besten Steuerzahler, die einen weit überproportionalen Beitrag an das Budget leisten, zu vergraulen und in steuergünstigere Gemeinden um uns herum zu vertreiben. Ich spreche hier nicht nur von Einzelpersonen, sondern auch von Firmen. Oder Interessenten entscheiden sich, sich gar nicht bei uns anzusiedeln, weil die Steuern ein Standortfaktor sind. Dies ist, da sind wir uns einig im Rat, sicher nicht der einzige, aber es ist ein Standortfaktor.

Übrigens kann ich zum Steueraufkommen juristischer Personen noch etwas sagen. Nach den mir vorliegenden Daten in Wädenswil hat die absolute Zahl von Steuern von juristischen Personen seit 1990 stagniert oder sogar abgenommen. Im Bezirk Horgen ist er um den Faktor 4 angestiegen. Das hat mich schockiert und überrascht. Die Zahlen habe ich vom statistischen Amt des Kantons Zürich. Das zeigt deutlich, dass wir an der Attraktivität für Firmen arbeiten müssen. Das ist ein wichtiger Anteil an den Steuern und der liegt im Moment bei nur etwa 7% unseres Steueraufkommens. Für Firmen müssen

wir nicht zusätzliche Schulen bauen. Ein stabiler, einigermaßen attraktiver Steuerfuss ist auch ein wichtiger Faktor, damit Firmen sich entscheiden, sich hier anzusiedeln.

3. Sie haben im letzten Votum bereits gehört, dass alle Finanzprobleme nur entstanden sind, weil die bürgerlichen Gemeinderäte in den letzten Jahren die Steuern so massiv gesenkt haben. Die moderate Senkung der Steuerfüsse vor und nach 2010 war insgesamt eine positive Entwicklung, die im gesamten Seebecken und Bezirk, ja im ganzen Kanton zu beobachten war. Sinkende Steuerfüsse wirken positiv, steigende negativ auf die Prosperität einer Gemeinde. Schauen Sie sich herum, welche die prosperierenden Gemeinden im Kanton sind. Haben diese hohe oder moderate Steuerfüsse? Ich überlasse die Antwort Ihnen, aber ich glaube, Sie wissen es. Wenn der Steuerfuss jetzt erhöht wird, glaubt jemand in diesem Raum allen Ernstes, dass wir in ein, zwei Jahren nicht wieder am genau gleichen Punkt stehen und vor der gleichen Frage wie jetzt? Die dem Staat zur Verfügung stehenden Mittel müssen knapp sein, sonst werden sie auch nicht effizient und rational eingesetzt. Erlauben Sie mir noch eine zusätzliche Seitenbemerkung. Was ich heute Abend gesehen habe, und ich bin neu in diesem Gremium, hat mich schon etwas schockiert. Ich verstehe, in jedem einzelnen Sachpunkt kann man immer anderer Meinung sein. Aber ein gewisser Teil des Rats hat null und nichts an Sparbereitschaft gezeigt und ich glaube, meine Damen und Herren, wir haben ein Problem im Budget, das können wir nicht wegdiskutieren.
4. Wir begrüssen es sehr, dass der Stadtrat eine Leistungsüberprüfung angekündigt hat, und diese ist bereits im Gang. Wir wollen ihm den Rücken stärken für die konsequente Durchführung dieser Analyse, die hinterfragt, wofür Geld ausgegeben wird, und wie das Kosten-/Nutzenverhältnis verbessert werden kann. Wir erwarten hier Mut vom Stadtrat, diese Überprüfung auch wirklich konsequent durchzuziehen, bis und mit Fassung entsprechender Schlussfolgerungen und deren strikter Umsetzung. Das beinhaltet auch die Unterscheidung des absolut Notwendigen vom nur Wünschbaren. Ein solches Fitnessprogramm müssen auch Unternehmen in der Privatwirtschaft regelmässig durchführen. Ja, ich weiss, das haben wir heute bereits gehört, wir sind kein Unternehmen. Trotzdem haben wir auch ein Budget und wir müssen mit diesen Mitteln umgehen. Es ist aufwendig und manchmal schmerzhaft, so was zu machen, aber nachher ist der verschlankte Betrieb umso schlagkräftiger und effizienter und auch für die Mitarbeitenden und die Belegschaft kann es befreiend und motivierend sein. Übrigens hören wir immer wieder das Wort "Sparen", bürgerliche Politiker betreiben Sparpolitik. Ich möchte hier noch eine Seitenbemerkung machen. "Sparen" in Anführungs- und Schlusszeichen würde heissen, absolut weniger auszugeben als zuvor. Ich habe bisher noch nie erlebt, dass ein öffentlicher Haushalt die absoluten Ausgaben tatsächlich absolut reduziert hat. Für uns heisst das Motto vor allem "Effizienz des Mitteleinsatzes" und "Ausgabendisziplin", nicht "Sparen". Das schulden wir dem Steuerzahler.
5. Mit Blick auf die längerfristige Entwicklung sollte der Stadtrat die Prioritäten so setzen, dass die Steuerkraft der Gemeinde graduell von ihrem tiefen Niveau ansteigt. Wir sind im näheren Einzugsgebiet des Grosszentrums Zürich und an einer attraktiven Seelage. Wenn wir die Rahmenbedingungen richtig setzen, sehe ich nicht, weshalb es nicht möglich sein soll, auch bei uns gute Steuerzahler anzuziehen, insbesondere auch juristische Personen mit gutem Gewinnsubstrat. Ziel muss sein, die Erträge mittel- bis längerfristig über die Steuerkraft pro Einwohner zu erhöhen, nicht über einen erhöhten Steuerfuss.

Wenn das gelingt, kann sich die Gemeinde über das Notwendige hinaus auch wieder mehr vom Wünschbaren leisten.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss und bitte Sie daher, dem Mehrheitsantrag der GRPK zu folgen und den Steuerfuss der Stadt (ohne OSW) unverändert bei 85% zu belassen.

Antrag der EVP

Die EVP beantragt, den Steuerfuss auf 87% zu erhöhen.

Begründung des Antrags

Gabi Bachmann, EVP: Es ist gerade etwas schwierig, jetzt als Nächste an der Reihe zu sein. Vielleicht weiss die eine oder andere bzw. der eine oder andere, was jetzt gerade gelaufen ist. Da bin ich nicht so versiert. Mich dünkt, dass die Diskussion mit den juristischen Personen und dem Steuerfuss, wie alles zusammenhängt, ein Dauerbrenner ist und es kommt mir so vor wie die Geschichte vom Huhn und vom Ei. Man kann es so oder anders sehen.

Nun zu meinem Antrag. Mir ist es wichtig zu sagen, dass die EVP-Fraktion grundsätzlich dafür ist, dem Stadtrat zu folgen und die Steuern um 4% zu erhöhen, da wir das absolut nötig finden. Es wäre unverantwortlich, das nicht zu tun. Das ist unsere Haltung. Ich möchte unbedingt, dass das in der Presse auch so herüberkommt, auch wenn ich nun mit dem Antrag um eine Steuerfusserhöhung um 2% komme. Damit komme ich, weil es ein Angebot sein soll für diejenigen, denen 4% zu viel sind und wenn man ehrlich ist, ist es einem bei 0% auch nicht ganz wohl. Ich weiss, das sind Tröpfchen und was sind 2% schon. Es wäre ein Zeichen, dass man interessiert ist, gemeinsam Probleme zu lösen. Wenn der Antrag ein paar Stimmen aus dem Lager erhält, das sonst für 0% stimmen würde, kämen wir im Cup-System weiter. Es stände dann dann 2% gegen 4% und am Schluss vermutlich 0% gegen 2%. Das sehe ich auch noch als gangbaren Weg. Vielleicht gibt es Personen, die diesen Weg beschreiten. Mir wäre es mit 2% wohler. Sonst bleibt mir persönlich fast nichts Anderes übrig, als das Gesamtpaket nicht anzunehmen. Ich finde, wir haben gut diskutiert und ein Budget zusammen erarbeitet, aber ohne die Steuererhöhung können wir es nicht machen. Darum bringe ich den Antrag, den Steuerfuss auf 87% zu erhöhen.

Präsident der GRPK, Christian Gross, SP: Ich wollte eigentlich heute Abend nichts mehr sagen. Aber Beat Lüthi, es tut mir leid, du hast so viele Sachen erwähnt, die inhaltlich faktisch falsch sind, dass ich noch ein paar Antworten dazu geben muss. Du hast gesagt, dass wir schauen müssen, dass das verfügbare Einkommen der Leute da ist. Ja, aber du hast vorher einen Antrag gestellt, dass wir die Gebühren für den Mittagstisch massiv erhöhen sollen. Für fast alle Leute in Wädenswil macht das aber sehr viel mehr aus, als eine Steuererhöhung um 4%. Das muss man sich bewusst sein. Es ist heuchlerisch, wenn gesagt wird, es ist nicht okay, das Geld beim Steuerzahler zu holen, aber es ist okay, es bei den Familien zu holen. Die Familien sind ja Steuerzahler. Der Unterschied ist, dass wir bei den Steuern eine Progression haben. Die Leute werden nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteu-

ert. Wer mehr hat, gibt mehr. Bei den Gebühren ist es häufig genau umgekehrt. Insbesondere kommt dies mega deutlich zum Ausdruck beim vorherigen Antrag zum Mittagstisch. Dort würden die, die weniger haben, mehr bezahlen. Zum Glück ist dieser Antrag jedoch abgelehnt worden.

Zweitens sind negative Auswirkungseffekte erwähnt worden. Auch das ist faktisch falsch. Die werden statistisch ständig überschätzt. Wenn nur die reinen Zahlen angeschaut werden, werden Aussage und Wirkung verwechselt. Wenn man eine sehr reiche Gemeinde anschaut, hat diese einen tiefen Steuerfuss, jedoch nicht unbedingt, weil sie deswegen reicher ist, sondern weil sie reich ist und sich einen tieferen Steuersatz leisten kann, da beispielsweise weniger Sozialleistungen ausbezahlt werden müssen. Vor allem aber ist es für Gemeinden wie Wädenswil völlig irrelevant, wie viel Steuergeld hereinkommt, da es im Kanton Zürich einen Finanzausgleich zwischen den Gemeinden gibt. Jetzt muss ich kurz technisch werden. Der Finanzausgleich funktioniert wie folgt: Der Kanton erfasst, wie viel 95% des durchschnittlichen Steuereinkommens pro Einwohner/Einwohnerin über den ganzen Kanton sind. Wenn eine Gemeinde mit ihren Erträgen unter 95% ist, erhält sie so viel Geld, bis sie auf 95% kommt. Das heisst, die Summe aus Steuererträgen und Finanzausgleich bleibt konstant. Wenn ein, zwei, fünf oder sechs juristische Personen nach Wädenswil ziehen und mehr Steuern bezahlen, bringt uns das vorerst einfach nichts, da wir zwar etwas mehr Steuereinnahmen haben, jedoch weniger Finanzausgleich erhalten. Ich möchte hier einfach die Frage stellen, ob wir eine Stadt für Menschen oder eine für Firmen sind. Wenn Firmen nach Wädenswil ziehen, hat das zwar gute Effekte, darum habe ich auch das Projekt Rütihof unterstützt, aber aus den vorherigen Überlegungen nicht deswegen, damit noch ein bisschen mehr Steuergeld eingenommen wird, das einem eh nichts bringt, sondern weil das auch für die lokale Bevölkerung sinnvoll sein kann. Im Sinn von Arbeitsplätzen und Freizeitbeschäftigung, aber nicht um irgendwelche Finanzbuden anzusiedeln, die Steuern bezahlen, die uns nichts bringen. Letztendlich, wenn man dieser Logik folgt und einfach alle immer finden, wir müssen den tiefsten Steuerfuss haben, kommt es zu einem Rennen. Das bringt niemandem etwas, ausser denen, die Geld haben, aber sicher nichts für die Gemeinde. Entsprechend meinen Ausführungen zum Zürcher Finanzausgleich ist klar, die Forderung nach einem tiefen Steuerfuss ist reine Ideologie. Wädenswil bringt das nichts. Ich finde es eigentlich recht traurig, dass ich das hier erläutern muss, da das Geschäft nämlich nicht so komplex ist. Ich finde Ideologie nicht einmal schlimm, da man aus diesen Gründen dafür sein kann. Darum sind wir ja auch in der Politik, um über solches zu diskutieren. Vielleicht sollte man so ehrlich sein und sagen, zusätzliche Firmen bringen Wädenswil nichts. Ich finde es wirklich absurd, dass Argumente vorgebracht werden, die inhaltlich falsch sind und nichts bringen. Darum bitte nochmals, bitte bleibt beim Antrag des Stadtrats. Wädenswil braucht dieses Geld und es bringt uns nichts, darauf zu verzichten.

Stadtrat Finanzen Walter Münch: Ich glaube, dass meiste ist bereits gesagt worden. Ich will mich kurzfassen. Ich möchte euch nochmals in Erinnerung rufen, dass alles nichts mit der Eingemeindung und dem Budget von heute und morgen zu tun hat. Das Problem ist nach wie vor unsere Verschuldung. Wenn die Zinsen um 0.5 Punkte ansteigen, bedeutet das für uns ca. CHF 600'000 mehr Zinskosen, also knapp ein Steuerprozent. Auch die Corona-Situation begünstigt im Moment unsere Finanzzahlen nicht. In unserem Finanz- und Entwicklungsplan ist bereits eingerechnet was wir aus dem Strassenfonds erhalten und die höheren Anteile der Sozialversicherungen.

Erlauben Sie mir noch einen kurzen Blick zurück. In den letzten 20 Jahren haben wir hier im Rat 13 Investitionsvorhaben im Umfang von CHF 103.0 Mio. im steuerfinanzierten Verwaltungsvermögen gutgeheissen und das Volk auch. Das gibt im Jahr Abschreibungen von ca. CHF 5.0 Mio. und gibt Folgekosten im Unterhalt und Betrieb. Im gleichen Zeitraum wurde der Steuerfuss um 10 Prozentpunkte von 95 auf 85% gesenkt. Im Jahr sind das etwa CHF 6.0 Mio. weniger. Das ergibt satte CHF 120.0 Mio. Damit hätten wir heute keine Schulden. Ich sage nicht, das ist richtig oder falsch. Ich will nur in Erinnerung rufen, dass wir ganz viele Projekte für CHF 100.0 Mio. im Steuerhaushalt gutgeheissen haben. Ich bin auch dabei gewesen und viele von euch auch. Diese Rechnung müssen wir schlichtweg eines Tages bezahlen, sonst bezahlen es unsere Kinder. Das hat Bundesrat Ueli Maurer letztes Mal auch gesagt: "Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass wir zwar ein reiches Land sind, aber auch kein Geld mehr haben. Wenn wir Schulden machen, geben wir das Geld unserer Kinder aus." Ich denke, dies bringt es auf den Punkt. Der Unterschied ist, dass Wädenswil keine reiche Stadt ist, sondern heute schon eine Nettoschuld hat. Ich bitte Sie, diese Punkte auch einzubeziehen in der Diskussion um die Festsetzung des Steuerfusses.

Lukas Wiederkehr, CVP: Aus CVP-Sicht soll der Steuerfuss ein mittel- bis langfristiges finanzpolitisches Instrument sein. Die Budgetanpassungen, die nun erfolgt sind, sind vor allem kurzfristiger Natur bzw. aufgrund von Prognosen entstanden. Der Stadtrat ist noch stärker gefordert, die von ihm initiierte Leistungsüberprüfung voranzutreiben und daraus nachhaltige Massnahmen abzuleiten. Hauruckaktionen sind jedoch verfehlt und werden von uns abgelehnt. Die CVP erwartet, dass dem Gemeinderat spätestens mit der nächsten Budgetrunde ein überarbeiteter Finanz- und Entwicklungsplan vorgelegt wird. Auf dieser Entscheidungsgrundlage ist der Steuerfuss neu zu beurteilen und falls erforderlich, entsprechend anzupassen. Das ist auch uns, der CVP bewusst. Eine Steuerfussanpassung zum jetzigen Zeitpunkt, auf dieser Entscheidungsgrundlage mit dem neuen Budget, kann nicht seriös gemacht werden und wird darum von der CVP abgelehnt.

Patrick Höhener, Grüne: Die Meinungen sind gemacht, eigentlich ist alles klar. Ich weiss nicht, wie eine Leistungsüberprüfung oder ein revidierter Finanz- und Entwicklungsplan noch grossartig neue Erkenntnisse bringen sollen. Wir wissen, die Verschuldung steigt an und sie wird enorm hoch sein. Wir haben es gehört, wir haben einen bürgerlich dominierten Stadtrat und keinen grünen oder sozialen Finanzvorstand. Es ist euer bürgerliche Stadtrat, eure Regierung, die probiert, euch die 4% zu verkaufen. Dass ihr uns nicht glaubt, damit kann ich umgehen. Aber ich bin extrem erstaunt, dass ihr euren eigenen Leuten nicht glaubt und ihnen in den Rücken schießt, das verstehe ich nicht. Ich kann das nicht zuordnen. Irgendwie habe ich das Gefühl, ihr wollt nicht rechnen können oder ihr macht es euch so fix zum Programm, dass ihr Scheuklappen trägt. Das finde ich schade. Hört auf eure eigenen Leute, diese können mit Zahlen umgehen und haben alles gut berechnet. Nur weil man eine andere Meinung hat, geschehen über Nacht keine Wunder.

Daniel Willi, SP: Meine Nachbarn sagen mir, dass sie gerne Steuern bezahlen. Sie meinen es ernst, Ernst. Das ist die richtige Einstellung. Mit unseren Steuern kaufen wir uns eine Stadt mit Lebensqualität. Eine Stadt, in der man gerne lebt. Warum wohnst du in Wädenswil? Würdest du wegen der Steuerbelastung an einen anderen Ort ziehen? Ich habe eine

Firma gegründet und diese hat ihren Sitz in Wädenswil. Ich finde, wir müssen eine Charmoffensive für die Steuern starten und das Wording ändern, nicht Steuern zahlen, sondern die Stadt kaufen.

Gemeinderatspräsident Ernst Grand: Da wir drei gleichrangige Anträge haben, den vom Stadtrat, den der EVP und der Mehrheitsantrag der GRPK, werden wir zuerst über alle drei Anträge abstimmen. Jeder hat im Cup-System, wie bereits vorher, nur eine Stimme.

Abstimmung über die Anträge (mit Stimmenzählern)

Der Mehrheitsantrag der GRPK, den Steuerfuss bei 85% zu belassen hat mit 21 Stimmen das absolute Mehr erreicht und obsiegt.

(Der Minderheitsantrag der GRPK hat 14 Stimmen und der Antrag der EVP hat keine Stimme.)

Drittens: Abstimmung über das Gesamtpaket

Gemeinderatspräsident Ernst Grand: Das Gesamtpaket besteht aus dem bereits bewilligten Budget samt den Änderungsanträgen plus dem neu bewilligten Steuerfuss von 85%.

Antrag der GRPK

Die einstimmige GRPK beantragt, das Budget der politischen Gemeinde für das Jahr 2021 inklusive Leistungsaufträge mit Globalkredit der FLAG-Abteilungen – unter Berücksichtigung der Abstimmungen zu den Anträgen und zum Steuerfuss – zu genehmigen.

Genehmigung des Budgets 2021 inklusive Leistungsaufträge und Steuerfuss von 85%.

(Keine Wortmeldungen.)

Schlussabstimmung (mit Stimmenzähler)

Der Rat stimmt dem Gesamtpaket mit 22:13 Stimmen zu.

**** 10 Minuten Pause ****

16.04.05

3. Wahl des Ratsbüros für das Amtsjahr 2021/2022

(Als Tagesstimmenzähler amten Joël Utiger, CVP, und Mona Famy, SP.)

Gemeinderatspräsident Ernst Grand: Ich komme kurz zu meiner Abschiedsrede. Ich hatte auch ein sehr kurzes Amtsjahr. Ich habe bereits von Beginn an, als ich endlich antreten durfte, vermutet, dass es ein Amtsjahr light werden wird und genauso ist es gewesen. Es ist light und leidig gewesen. Leidig nicht, weil die Zusammenarbeit mit euch so schwierig war, sondern weil alle Sachen, die als Gemeinderatspräsident so lässig sind, einfach nicht stattgefunden haben. Statt viele soziale Anlässe besuchen zu können, an denen ich viele Leute hätte kennen lernen dürfen, und das hätte ich wirklich gerne gemacht, hat es in meiner Amtszeit zwei Anlässe gegeben, die ich als Gemeinderatspräsident mitmachen durfte. Das war wirklich schade. Ich muss jedoch sagen, dass ich unter dem Strich gesund geblieben bin und wenn ich es mit allen anderen schwierigen Situationen vergleiche, muss man darüber einfach grosszügig hinwegsehen. Es ist schön gewesen, es hat mir Spass gemacht, trotz allem.

Ich möchte mich an erster Stelle bei auch allen bedanken, besonders meinen zwei Helfern, links und noch linker dort hinten. Sie haben mich immer toll unterstützt, auch heute Abend, bei dieser nicht ganz so simplen Sitzung. Es wurden immer super Drehbücher vorbereitet und ich hoffe, ihr werdet das für den Nächsten oder die Nächste auch tun. Ein herzlicher Dank geht auch an den Stadtrat und an Stefan Müller, der bereits gegangen ist. Als es vorher hektisch geworden ist, sind alle sofort eingesprungen und haben geholfen, obwohl man manchmal in der Sache nicht ganz gleicher Meinung ist. Am Schluss wollen wir alle ungefähr etwas Ähnliches, nämlich einen Beitrag leisten an unsere schöne Stadt. Die einen so und die anderen etwas anders. Mir hat es Spass gemacht. Ich bleibe gerne dabei in einer anderen Funktion. Ich wünsche allen alles Gute für die Zukunft, vor allem gute Gesundheit.

Wir kommen jetzt zu den geheimen Wahlen und werden sie aufgrund der Abstandsregeln etwas anders gestalten. Aber wir haben ja bereits Übung vom letzten Jahr. Auf eurem Tisch findet ihr ein Couvert mit den offiziellen Wahlzetteln. Bitte kontrolliert kurz, ob vier Wahlzettel im Couvert sind. Zwar machen wir nur drei Wahlen, ein Zettel ist als Reserve gedacht. Es sind die ominösen Wahlzettel aus dem Jahr 1975. Jede Farbe ist für einen Wahlgang. Diese werden wir dann erwähnen.

Unser Ratsweibel wird die ausgefüllten Zettel mit der Urne einsammeln und die Urne auf dem leeren Tisch des 2. Vizepräsidiums auskippen. Der erste Tagesstimmenzähler zählt für sich aus und trägt das Ergebnis auf eine Tabelle ein. Dann macht die zweite Tagesstimmenzählerin dasselbe. Das Resultat wird in eine Liste eingetragen und dem Ratssekretär gegeben. Wenn die Resultate stimmen, werden sie entsprechend verlesen.

(Gegen das Vorgehen gibt es keine Einwände.)

3.1 Geheime Wahl der Ratspräsidentin oder des Ratspräsidenten

IFK-Präsidentin Gabi Bachmann: Für das Präsidium kandidiert **Rita Hug, Grüne**. Die IFK unterstützt diese Kandidatur einstimmig.

(Der Vorschlag wird auf Anfrage nicht erweitert.)

(Gemeinderatspräsident Ernst Grand teilt mit, dass heute 35 Personen anwesend sind alle 35 stimmberechtigte Mitglieder sind. Er bittet, mit dem rosafarbenen Stimmzettel das neue Ratspräsidium zu wählen.)

Die Auszählung der Stimmen ergibt folgendes Resultat:

- ausgeteilte Wahlzettel:	35
- eingegangene Wahlzettel:	35
- davon leer:	0
- davon ungültig:	0
- massgebende Stimmenzahl:	35
- absolutes Mehr:	18
- vereinzelte Stimmen:	4

- gewählt ist mit **31 Stimmen: Rita Hug, Grüne**

(Rita Hug nimmt auf dem Bock Platz.)

Gemeinderatspräsidentin Rita Hug: Ich freue mich sehr über die Wahl und danke euch ganz herzlich. Meine Antrittsrede will ich nicht mehr heute Abend machen. Ihr alle habt heute bereits genug gehört und deshalb werde ich sie an der nächsten Gemeinderatssitzung machen.

3.2 Geheime Wahl der 1. Vizepräsidentin oder des 1. Vizepräsidenten

IFK-Präsidentin Gabi Bachmann: Mir fällt die Ehre zu, der neuen Präsidentin zu gratulieren und das werde ich heute trotz der fortgeschrittenen Zeit noch tun. Im Namen von uns allen darf ich dir ein gutes, gefreutes, interessantes Jahr wünschen. Alles Gute dabei. Der Kandidat für das 1. Vizepräsidium ist **Lukas Wiederkehr, CVP**. Die IFK empfiehlt ihn einstimmig zur Wahl.

(Der Vorschlag wird auf Anfrage nicht erweitert.)

(Gemeinderatspräsidentin Rita Hug bittet, mit dem weissen Stimmzettel das 1. Vizepräsidium zu wählen.)

Die Auszählung der Stimmen ergibt folgendes Resultat:

- ausgeteilte Wahlzettel:	35
- eingegangene Wahlzettel:	35
- davon leer:	2
- davon ungültig:	0
- massgebende Stimmenzahl:	33
- absolutes Mehr:	17
- vereinzelte Stimmen:	1

- gewählt ist mit **32 Stimmen: Lukas Wiederkehr, CVP**.

(Die Ratspräsidentin gratuliert dem 1. Vizepräsidenten. Lukas Wiederkehr nimmt auf dem Bock Platz.)

3.3 Geheime Wahl der 2. Vizepräsidentin oder des 2. Vizepräsidenten

IFK-Präsidentin Gabi Bachmann: Für das 2. Vizepräsidium kandidiert **Edith Höhn, SP**. Die IFK unterstützt den Vorschlag einstimmig.

(Der Vorschlag wird auf Anfrage nicht erweitert.)

(Gemeinderatspräsidentin Rita Hug bittet, mit dem braunen Stimmzettel das 2. Vizepräsidium zu wählen.)

Die Auszählung der Stimmen ergibt folgendes Resultat:

- ausgeteilte Wahlzettel:	35
- eingegangene Wahlzettel:	34
- davon leer:	1
- davon ungültig:	0
- massgebende Stimmenzahl:	33
- absolutes Mehr:	17
- vereinzelt Stimmen:	13

- gewählt ist mit **20 Stimmen: Edith Höhn, SP.**

(Die Ratspräsidentin gratuliert der 2. Vizepräsidentin. Edith Höhn nimmt auf dem Bock Platz.)

Gemeinderatspräsidentin Rita Hug: Ich bitte euch, den vierten Stimmzettel auf dem Tisch liegen zu lassen und nicht nach Hause zu nehmen oder wegzuwerfen. Er wird wieder eingezogen.

3.4 Offene Wahl von drei Stimmzählerinnen und Stimmzählern

IFK-Präsidentin Gabi Bachmann: Zur Wahl stehen **Ernst Grand, FDP, Nicolas Rasper SVP**, und **Bruno Zürcher, EDU**. Die IFK unterstützt die Vorschläge einstimmig.

(Auf Antrag der Ratspräsidentin beschliesst der Gemeinderat, die anstehende Wahl in globo durchzuführen.)

Ohne Erweiterung und in globo als gewählt erklärt werden:

1. Stimmzähler: **Bruno Zürcher, EDU**
2. Stimmzähler: **Nicolas Rasper, SVP**
3. Stimmzähler: **Ernst Grand, FDP**

(Die Ratspräsidentin gratuliert den gewählten Stimmzählern.)

(Gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte werden auf entsprechende Frage der Gemeinderatspräsidentin keine Einwände erhoben.)

Gemeinderatspräsidentin Rita Hug: Ich danke, dass ihr so lange ausgeharrt habt. Ich wünsche euch eine gute Heimreise und gute Nacht.

(Gemeinderatspräsidentin Rita Hug schliesst die Sitzung.)

Ruth Schäfer, Ratssekretär-Stv.